DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

Antragsheft 2

---

1. Tagung des 7. Landesparteitages

am Samstag, 2. März 2019 und
Sonntag, 3. März 2019
in Hannover
Leonore-Goldschmidt-Schule (IGS Mühlenberg)
Mühlenberger Markt 1, 30457 Hannover

Inhalt

Tagesordnungsvorschlag	Seite 2
Organisatorische Hinweise	Seite 4
Leitantrag	Seite 6
Änderungsanträge zum Leitantrag	Seite 19
A1 Antrag Mietenkampagne	Seite 22
A 2 Antrag zur Wahl und Aufgabenstellung von Antidiskrimierungs beauftragten	Seite 26
I 1 „Seenotrettung ist kein Verbrechen“	Seite 27
Rechenschaftsbericht der Landesschiedskommission	Seite 29
Finanzen	Seite 31
Bewerbungen	Seite 35

Tagesordnungsvorschlag (Stand: 12.02.2019)

1. Tagung des 7. Landesparteitag
am 2. März 2019 und 3. März 2019 in Hannover

1.Tag: Samstag, 2. März 2019

Ab 10.30	Registrierung der Delegierten
11.00 – 11.15	**TOP 1 Begrüßung durch die Landesvorsitzenden Anja Stoeck und Lars Leopold**
11.15 – 11.30	**TOP 2 Formalia** • Genehmigung der Tagesordnung • Beschluss über die Geschäftsordnung des Landesparteitages • Festlegung der Protokollführung • Wahl des Tagungspräsidiums • Wahl der Mandatsprüfungskommission • Wahl der Antragskommission • Wahl der Wahl- und Zählkommission
11.30 – 11.45	**TOP 3 Grußworte** **- Begrüßung durch ein*e Vertreter*in der Landeshauptstadt Hannover (N.N.)** **- Grußwort solid**
11.45 – 12.15	**TOP 4 Inputreferat zur Lage der Partei im Vorfeld der Europawahl: Katja Kipping, Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE**
12.15–12.25	**TOP 5 Solidaritätserklärung zu Feleknas Uca (in der Türkei aus politischen Gründen angeklagte HDP-Abgeordnete und LINKE aus Niedersachsen)**
, 12.25 - 12.40	**TOP 6 Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes und des Landesschatzmeisters**
12.40 -12.50	**Top 7 Bericht der Landesfinanzrevisionskommission**
12.50 -13.15	**Top 8 Aussprache und Entlastung des Landesvorstandes**
13.15 – 13.45	**Mittagspause**
13.45 – 14.45	**Frauenplenum**
14.45 – 15.00	**Top 9 Bericht vom Frauenplenum**
15.00 – 16.-10	**TOP 10 Vorstellung, Diskussion und Abstimmung über den Leitantrag des Landesvorstandes**

16.10 – 16.30	**TOP 11 Verabschiedung der bisherigen Landesvorstandsmitglieder**
16.30 – 17.00	**Kaffeepause**
17.00 – 18.00	**TOP 12a Wahl der beiden Vorsitzenden und der 2 stellvertretenden Vorsitzenden**
18.00 – 18.30	**TOP 12b Bericht der Auswahlkommission und Wahl der hauptamtlichen Geschäftsführung**
18.45 – 19.00	**TOP 12c Wahl der / des Landesschatzmeister*in / der / des stellvertretenden Landesschatzmeister*in**
19.00 -19.10	**Top 12d Wahl der / des jugendpolitischen Sprecher*in**
19.10 – 19.40	**Abendessen**
19.40 – 19.45	**Festlegung der Größe des Landesvorstandes**
19.45 - 21.45	**TOP 12e Wahl von weiteren Mitgliedern des Landesvorstandes (Liste zur Sicherung der Mindestquotierung)**

Endes des 1. Tages: ca. gegen 21.45 Uhr
(*Hinweis: Die Schulräume stehen uns bis max. 22 Uhr zur Verfügung)*

---

2. Tag: Sonntag, 3. März 2019

09.30 – 11.30	**Top 12f**	**Wahl von weiteren Mitgliedern des Landesvorstandes (gemischte Liste)**
11.30 – 12.00	**TOP 13**	**Rede zur weiteren Parteientwicklung;: Bernd Riexinger, Bundesvorsitzender DIE LINKE.**
12.00 – 12.45	**TOP 14**	**Bericht der Landesschiedskommission und Wahl der Landesschiedskommission**
12.45 – 13.15	**TOP 15**	**Wahl der Landesfinanzrevisionskommission**
13.15 – 14.00	**Mittagspause**	
14.00 – 15.15	**TOP 16**	**Anträge und Resolutionen**
15.15 – 15.45	**Top 17**	**Schlussworte der neugewählten Vorsitzenden**
Gegen 15.45	**Internationale / Ende des Landesparteitages**	

DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

Organisatorische Hinweise

für die 1. Tagung des 7. Landesparteitages
am Samstag 02. März 2019 und Sonntag, 3. März 2019
in Hannover, Leonore-Goldschmidt-Schule, IGS Mühlenberg

Anträge

Die Antragsfrist endete am **Freitag, 1. Februar 2019.** In vorgeschlagenen Geschäftsordnung für den 7. Landesparteitag ist in § 14 geregelt: „Dringlichkeits- oder Initiativanträge können in den Landesparteitag eingebracht werden, wenn mindestens 20 Delegierte einen solchen Antrag unterstützen. Unter Beachtung dieser Prämisse empfiehlt die Antragskommission dem Plenum die Behandlung oder die Nichtbefassung.“ Dringlichkeits- und Initiativanträge sowie Änderungsanträge bitten wir nach Möglichkeit bis Mittwoch, 27. Februar 2019, einzureichen, damit wir diese frühzeitig für den Landesparteitag kopieren können. Wir bitten, ausschließlich **Word-Dateien** zu senden, da diese sich einfacher verarbeiten lassen. Solltet Ihr über keine E-Mail-Adresse verfügen, ist es auch möglich, die Anträge per Post an das Landesbüro DIE LINKE. Niedersachsen, Goseriede 8, 30159 Hannover zu schicken.

Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Vom Hauptbahnhof mit der U-Bahn Linie 3/7 (Richtung Wettbergen) zur Haltestelle Mühlenberger Markt.

Wahlen

Auf dem Landesparteitag werden der Landesvorstand, die Landesschiedskommission und die Landesfinanzrevisionskommission neu gewählt.

Wir weisen Euch darauf hin, dass wir von Kandidat*innen; die auf dem Landesparteitag nicht persönlich anwesend sind, eine schriftliche (auch elektronische) Einverständniserklärung benötigen (§ 7 Absatz 3 Wahlordnung). Liegt diese nicht vor, kann keine Wahl erfolgen.

Wahl der Landesfinanzrevisionskommission

In § 27 Absatz 2 Bundessatzung ist geregelt:

„Mitglieder von Vorständen, des Bundesausschusses oder ähnlicher Parteiausschüsse in Landes- und Kreisverbänden, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger derselben Ebene wie die entsprechende Kommission, Angestellte der Partei oder mit ihr verbundenen Unternehmen bzw. Institutionen sowie Mitglieder, die auf andere Weise regelmäßige Einkünfte von der Partei beziehen, können nicht Mitglieder der Finanzrevisionskommissionen sein.“

Verhinderung

Solltest Du am Landesparteitag verhindert sein, bitten wir Dich, dieses in der Landesgeschäftsstelle anzuzeigen und die **Unterlagen an Deinen Kreisvorstand** weiterzugeben, damit dieser sie an die Ersatzdelegierten weitergeben kann.

Fahrtkosten

Gemäß Finanzplan 2019 tragen die Kreisverbände die Fahrtkosten. Wenn Ihr Fahrtkosten erstattet haben möchtet, wendet Euch bitte an Euren Kreisverband.

Barrierefreiheit

Der Veranstaltungsraum ist barrierefrei.

Kinderbetreuung

Der Landesverband bietet bei Bedarf eine Kinderbetreuung an. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um die Anmeldung **bis spätestens Sonntag, 24. Februar 2019,** an folgende E-Mail-Adresse: **landesbuero@dielinke-nds.de**. Bitte gebt bei der Anmeldung das Alter der Kinder und Eure Telefonnummer (nach Möglichkeit Handy-Nummer) an.

Infotische

Aus organisatorischen Gründen bitten wir, die Infotische bis **Sonntag, 24. Februar 2019**, an **landesbuero@dielinke-nds.de** anzumelden.

Leitantrag

Für ein soziales, friedliches und ökologisches Niedersachsen – DIE LINKE stärken!

Antragsteller: Landesvorstand

Die LINKE steht als sozialistische Partei für Alternativen, für eine bessere Zukunft. Wir finden uns nicht ab mit einer Welt, in der Profitinteressen über die Lebensperspektive der Menschen entscheiden, in der Ausbeutung, Kriege und Imperialismus ganze Länder von Hoffnung und Zukunft abschneiden. Seit der Gründung der Partei DIE LINKE steht der Protest gegen eine Politik des Sozial- und Demokratieabbaus im Mittelpunkt unserer politischen Tätigkeit. Auch in Niedersachsen streiten wir für einen sozial-ökologischen Politikwechsel. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen, die hier leben, das gleiche Recht auf Teilhabe am sozialen Fortschritt, wie Wissenschaft, Kultur, Mobilität, Gesundheit, Bildung, Demokratie, Frieden und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur haben. Unsere Politik setzt sich für diese Ziele im Hier und Jetzt ein, für wirkliche Verbesserungen für alle Menschen.

[Änderungsantrag von Thorben Peters und Janis Wiliceny übernommen vom Landesvorstand:]
Es findet eine dramatische politische Verrohung im rechten Bürgertum statt: Rassismus, Antisemitismus und Menschenverachtung sollen gesellschaftsfähig gemacht werden, um Sündenböcke für die tiefgreifende Krise des Kapitalismus zu präsentieren und davon abzulenken, dass die Banken und Konzerne die Politik bestimmen, welche die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Wir überlassen das Land nicht den Rechten und Neoliberalen. Die Groko(Nds.) ist nicht die Alternative zum Rechtsruck der Konservativen und zur Radikalisierung der extrem Rechten, sie sind Teil der politischen Krise. Es sind erstarkende soziale Bewegungen und der organisierte Widerstand in den Betrieben, der Friedens- und Frauenbewegung, die antifaschistische Bewegung sowie der Flüchtlingssolidarität. DIE LINKE Niedersachsen trägt zum Erfolg im Kampf gegen Rechts bei, indem wir als Teil sozialer Bewegungen der extremen Rechten die Grundlage entziehen, von denen sie zehrt: die unsoziale Politik von Wettbewerbsfähigkeit, Schuldenbremse, Privatisierung und die Aushöhlung der Demokratie.

Unter jeder bisherigen Regierungskonstellation der anderen Parteien wuchs die Schere zwischen Arm und Reich. Wir müssen deutlich machen, dass wir uns als einzige Partei trauen, uns mit den Großkonzernen und Großverdiener*innen anzulegen. Die von uns nicht nur im Wahlkampf formulierte

Kritik bleibt deshalb aktuell – auch wenn wir mit 177.118 Zweitstimmen und 4,6 % den Einzug in den Landtag denkbar knapp verpasst haben. ~~Dem neoliberalen Parteienkartell mit ihrem „Weiter so!“ stellen wir uns entschlossen entgegen. Wir werden weiterhin in die politischen Debatten intervenieren, um den täglichen Skandal des Status Quo öffentlich zu machen und zu politisieren. Wir sind diejenigen, die eine menschenwürdige Zukunft für alle einlösen können und müssen.~~

[Antrag von Haimo Stiemer, Arne Brix, Kreisvorstand Oldenburg /Ammerland vom Landesvorstand übernommener Teil:] Wir nehmen das als Ansporn, unsere Arbeit als außerparlamentarische Oppositionskraft zu verbessern, unser linkes landespolitisches Profil zu schärfen und eine größere Außenwirkung zu entfalten. Wir wollen und müssen stärker werden! Dem neoliberalen Parteikartell des „Weiter so!“ müssen wir uns entschlossen entgegenstellen. Wir müssen unsere Kräfte bündeln und gezielt in die politischen Debatten investieren, um den täglichen Skandal des Status Quo öffentlich zu machen und zu politisieren. Denn wir sind die Kraft, die konsequent für ein soziales, friedliches und ökologisches Niedersachsen kämpft.

Wir werden jede Gelegenheit nutzen und darauf aufmerksam machen, dass in Niedersachsen nach offiziellen Zahlen des Landesamts für Statistik 16 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet sind - wir kämpfen für jeden einzelnen dieser 1.245.000 Menschen und dabei spielt es für uns selbstverständlich keine Rolle, welchen Pass oder welche Hautfarbe die Menschen haben. Gleichzeitig stiegen die Immobilienpreise in Niedersachsen um 54%, die Mieten klettern in die Höhe, der Bestand der Sozialwohnungen schrumpft, die Löhne aber stagnieren. Statt die Untätigkeit der SPD- Grünen Regierung zu korrigieren, kümmern sich SPD und CDU ebenfalls nicht darum, den öffentlichen Wohnungsbau systematisch auszubauen. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung, sei es durch Rüstungsforschung, Bundeswehr an Schulen, logistische Unterstützung von Waffenexporten oder der Bereitstellung von Truppenstandorten. Wir widersprechen deutlich, wenn die Koalition aus SPD und CDU die vermurkste Umweltpolitik von SPD und Grünen fortsetzt, und dafür sorgt, dass die niedersächsischen Atomlager weiterhin in Betrieb bleiben, Fracking eine neue Renaissance erlebt und im Dieselskandal die Autoindustrie geschont wird. Wir finden es skandalös, wenn die Daseinsvorsorge jenseits der Ballungszentren auf Sparflamme betrieben wird – eine gute Gesundheitsversorgung, funktionierender öffentlicher, möglichst entgeltfreier Nahverkehr und schnelles Internet sind für uns unverhandelbar. Hier haben SPD und Grüne versagt. Hier versagen CDU und SPD. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass die kriminellen Machenschaften der VW-Manager auf eine milde Beurteilung durch die Landesvertreter im Aufsichtsrat hoffen dürfen, während die Leiharbeit im Betrieb hingenommen und die Kommunen bei ihren Bemühungen um saubere Luft im Stich gelassen werden. Gesellschaftliche Verantwortung sieht anders aus. Erst recht finden wir uns nicht damit ab, wenn in Niedersachsen Menschen aus unserer Mitte abgeschoben werden, weil die Gründe ihrer

Flucht als illegitim angesehen werden. Und wir finden uns nicht damit ab, dass es in Niedersachsen seit Jahren viel zu wenige Krippenplätze gibt und wir anderen Bundesländern hier immer noch deutlich hinterherhinken. Wir begrüßen die kürzlich eingeführte beitragsfreie Kita, finden uns jedoch nicht damit ab, dass diese Kosten zum Teil den ohnehin chronisch unterfinanzierten Kommunen aufgebürdet werden. Auch mit den Privatisierungen im Pflege- und Gesundheitsbereich und deren schweren Folgen für die Beschäftigten und den Patient`*innen finden wir uns nicht ab. Den Krankenhäusern fehlen nach wie vor ausreichende Investitionsmittel, für die das Land zuständig ist.

Die Politik der Großen Koalition bedient die Interessen der Wenigen und nicht der Vielen

Der Lehrer*innen Mangel in Niedersachsen wird weiter nur verwaltet, statt ihn durch Qualifizierungsprogramme offensiv zu bekämpfen. Die versprochene Arbeitszeitverkürzung für Lehrkräfte steht nach wie vor aus. Das dreigliedrige Schulsystem bleibt im Interesse des „Schulfriedens“ erhalten, der in Wirklichkeit ein Frieden mit der CDU und dem reaktionären Philologenverband ist, die die Chancengleichheit im bestehenden Schulsystem zementieren wollen. Gesundheitsversorgung und Pflege bleiben weiter in privater Hand, damit Konzerne auf dem Rücken des Personals und letztlich der Patient*innen horrende Profite einfahren können. Glyphosat oder Überdüngung der Böden – kein Thema für die Landesregierung. Dem Verkehrschaos auf den Straßen wird mit dem Ausbau des Autobahnnetzes begegnet, statt den Lastverkehr auf die Schiene zu verbannen und den ÖPNV auszubauen.

Im Landtag fehlt weiterhin eine echte soziale Opposition, eine Stimme für die Mehrheit der Menschen bei uns im Lande. Tatsächlich ist die Liste der Missstände zu lang, um sie hier erschöpfend aufzuführen. Anstatt die Probleme klein zu reden, braucht es endlich eine andere Politik für die Menschen in unserem Land. Wir wollen mehr für die Mehrheit. Und für uns ist klar: Gegen die Politik der großen Koalition unter Stephan Weil braucht es eine radikale Opposition im Land, die sich mit der Kraft von vielen Initiativen, Protesten, Demos und Arbeitskämpfen mit der etablierten Politik des neoliberalen „Weiter so“ anlegt. Ob bei den Protesten gegen das neue Polizeiaufgabengesetz, der Kampagne „Rheinmetall entwaffnen – Krieg beginnt hier“, den Auseinandersetzungen um Arbeitszeitverkürzung der IG-Metall oder dem Kampf von ver.di gegen eine Ausweitung der verkaufsoffenen Sonntage, der #unteilbar-Demo in Berlin, den Protesten der Enercon-Mitarbeite*innen den Protesten gegen das NATO-2%-Ziel, der Blockade von Naziaufmärschen wie etwa in Salzgitter, dem #wirsindmehr-Konzert in Chemnitz oder dem kriminalisierten Newroz-Fest der Kurdinnen und Kurden: DIE LINKE Niedersachsen mischt mit und steht verlässlich an der Seite derer, die für eine andere und bessere Welt kämpfen. Als demokratisch sozialistische Partei kritisieren wir die bestehenden Eigentumsverhältnisse und kämpfen gegen jede Privatisierung, für eine demokratische Verfügung über die Produktionsmittel und eine gesicherte Daseinsvorsorge.

Parteiaufbau: eine starke LINKE wächst von unten

DIE LINKE Niedersachsen wächst. In den engagierten Wählkämpfen zu den Bundestags- und Landtagswahlen konnten wir im Landesverband rund 500 neue Mitglieder gewinnen, darunter ein Großteil unter 30 Jahren. Diese Mitglieder sind aufgerufen sich hör-, sicht- und gerne auch streitbar in die Partei einzubringen und unsere Strukturen aufzumischen. Denn der Landesverband braucht die Kritik, die Energie und die Hoffnung von jedem einzelnen Mitglied. Unverzichtbar ist dabei die Erwartung an alle, für ein solidarisches Miteinander – auch und gerade, wenn inhaltlich scharf um bestimmte Positionen gerungen wird. Denn die Kunst sozialistischer Politik ist es, Prekarisierten, den Lohnarbeitenden, den älteren Menschen, den Ausgegrenzten (und dafür notwendigerweise unter uns!), ein Bewusstsein der gemeinsamen Klassenlage und damit gemeinsamer Klasseninteressen zu schaffen, sodass es gelingt, die Ideologie der Herrschenden und die Macht des Kapitals in Frage zu stellen. Es ist keine Kunst permanent nach dem vermeintlich Trennenden zu suchen. DIE LINKE als etablierte sozialistische Partei ist eine Errungenschaft, deren Einheit keinesfalls und von niemandem aufs Spiel gesetzt werden sollte. Unsere Vielfalt und Solidarität sind dabei eine Stärke. Es liegt an uns, der Hoffnung von vielen Menschen gerecht zu werden. Um den Herausforderungen gerecht zu werden, müssen wir unsere Parteistrukturen stärken und weiterentwickeln.

Nur, wenn wir unsere Vielfalt als Stärke begreifen, unser politisches Engagement gegenseitig wertschätzen, gemeinsam aus unseren Fehlern und Erfolgen lernen und das Erreichte nicht klein reden, dann werden wir auch unsere Schlagkraft als Landesverband erhöhen können.

Mitgliederarbeit

Ein künftiger Landesvorstand muss in der Breite und nicht nur durch den geschäftsführenden Vorstand mehr Führungsverantwortung für die Partei übernehmen - das heißt unter anderem auch Orientierung in den politischen Alltagsfragen kollektiv zu entwickeln. Er muss auch deutlich jünger werden. Dazu müssen verständliche Leitlinien, beispielsweise zum Umgang mit einzelnen Entscheidungen der Landesregierung oder den Umgang mit neuen Bewegungen und neuen sozialen Phänomenen oder auch mit der AFD entwickelt werden. Diese Orientierung soll Mitglieder stärken, vor Ort Auseinandersetzungen zu führen.

Es muss uns gelingen, die vielen neuen Mitglieder zu integrieren, die Lust auf Aktionen und linke Politik haben. Ebenso wichtig ist die Erfahrung unserer langjährigen Mitglieder. Viele von ihnen haben sich aus der Parteiarbeit zurückgezogen, sie gilt es zu reaktivieren. Sie alle gilt es wertzuschätzen und gemeinsam in die Parteiarbeit einzubinden. Insbesondere soll die bereits begonnene Weiterentwicklung der Mitgliederkommunikation fortgeführt werden. Es gilt immer, der

unterschiedlichen Lebenssituation von Menschen Rechnung zu tragen. Die zeitlichen Ressourcen und Kraftreserven jeder Person sind anders und das muss respektiert werden. Doch mehr als jede andere Partei sind wir auf unsere Mitglieder angewiesen, denn wir sind nicht käuflich, uns trägt unsere Basis und keine Spendenquittung.

Regionalisierung, Stärkung kommunalpolitischer Akteure*innen und Bündnisarbeit

Während die Mitgliederzahl in den Städten wächst, sind die Voraussetzungen für politische Arbeit im ländlichen Raum mitunter deutlich schwieriger. Wir müssen unsere Strukturen stärken, gerade in den Flächenkreisen. Die Landespartei hat sich auf den Weg gemacht, ihre politische Arbeit entlang von 7 Regionen zu bündeln. Mit dieser Regionalisierung soll die inhaltliche und organisatorische Verankerung der Partei gestärkt werden. Besondere Bedeutung kommt dabei unseren Vertreter*innen in kommunalen Parlamenten zu. Sie vertreten die Partei mit ihren Namen und Gesichtern, sie sind es, die von den Menschen gesehen und angesprochen werden. Kommunalpolitische Mandate sind mit großem zeitlichem Aufwand verbunden, Unterstützung durch Informationen aus der Landespolitik oder Ideen für Anträge sind daher essenziell, um die eigenen Ressourcen besser einsetzen zu können. Hier müssen gemeinsam Instrumente entwickelt werden, die unsere Kommunalpolitiker*innen entlasten. Doch nicht nur in den Parlamenten, auch und vor allem außerhalb dieser Strukturen hat sich die LINKE zur verlässlichen Partnerin zahlreicher Initiativen entwickelt. Das Engagement unserer Mitglieder ist eines unserer wichtigsten Alleinstellungsmerkmale und muss unbedingt gefördert und wertgeschätzt werden. Mit jeder Teilnahme an einer Demonstration, dem Sammeln von Unterschriften, dem Organisieren von Veranstaltungen zeigen wir – wir stehen an eurer Seite.

~~Kampagnenarbeit~~

[Änderungsantrag von Haimo Stiemer, Arne Brix und Kreisvorstand Oldenburg/Ammerland]:

Politische Schwerpunkte der niedersächsischen Linken:

Der Landesparteitag orientiert die niedersächsischen LINKE auf das laufende Jahr auf folgende politische Schwerpunkte und beauftragt den Landesvorstand, landespolitisch ausgerichtete Infomaterialien (Flyer, Sticker, ggf. Plakate) zu diesen Schwerpunkten zu erarbeiten und den Kreisverbänden zur Verfügung zu stellen.

~~Pflegenotstand~~

[Änderungsantrag von Haimo Stiemer, Arne Brix und Kreisvorstand Oldenburg/Ammerland übernommen vom Landesvorstand]

Die niedersächsische Linke ist Teil des Pflegeaufstandes

In den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab – immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patient*innen in immer kürzerer Zeit versorgen. Personalmangel, Überarbeitung und schlechte Infrastruktur gefährden die Gesundheit der Pflegekräfte, Patient*innen und Pflegebedürftigen. Gute Pflege muss ein verbindliches Recht werden. Größere Wertschätzung des Pflegeberufes, bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Bezahlung sind dringend notwendig. Wir wollen ein Verständnis von Qualität, das sich nicht an betriebswirtschaftlichen Kriterien orientiert. Pflege muss entlastet werden - pflegefremde Tätigkeiten dürfen nicht weiter von Pflegefachkräften übernommen werden. Privatisierungen wollen wir verhindern bzw. rückgängig machen.

[Änderungsantrag von Haimo Stiemer, Arne Brix, Kreisvorstand Oldenburg/Ammerland übernommen vom Landesvorstand:]
Wer Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wie Fabriken führt und in den Pflegebedarf anderer Menschen ein Geschäftsmodell sieht, muss mit Widerstand rechnen.

Im Rahmen der Kampagne: „Stärkung des ländlichen Raums am Beispiel der Pflege“ wurde u.a. auf Initiative von Pia Zimmermann durch mehrere Orte Niedersachsens getourt, um auf die Missstände im gesamten Pflegebereich aufmerksam zu machen. Viele Kreisverbände haben sich daran aktiv beteiligt. Die Kampagne ist nicht beendet. In diesem Jahr sind 3 weitere Touren geplant. Die Termine stehen bereits fest. Die Orte noch nicht ganz.

Wir sind als Partei DIE LINKE entschlossen gegen die Pflegekammer und werden uns aktiv einmischen und die Bewegung gegen die Pflegekammer und die Forderung nach Auflösung

unterstützen.

[Änderungsantrag von Haimo Stiemer, Arne Brix und Kreisvorstand Oldenburg Ammerland übernommen vom Landesvorstand]:
Und auch darüber hinaus wollen wir als niedersächsische LINKE ein starker Partner an der Seite der Pflegekräfte sein, im Kampf um mehr Mitbestimmung in der Gesundheits- und Pflegebranche

Die Niedersächsische LINKE fordert Neustart im sozialen Wohnungsbau.

Auch in Niedersachsen können sich viele Menschen das sprichwörtliche Dach über dem Kopf kaum noch leisten. Vielerorts explodieren die Mieten. Rund ein Fünftel aller Haushalte in Niedersachsen muss bereits mehr als 40% des Nettoeinkommens für die Miete bezahlen und 44 % der Haushalte

geben noch 30% für die Miete aus. Die LINKE hat im September eine bundesweite Kampagne „Bezahlbare Miete statt fetter Rendite“ gestartet und fordert: Runter mit den Mieten! Mietwucher verbieten! Keine Spekulationen mit Wohnraum, die Immobilienkonzerne gehören in die öffentliche Hand! Daher muss dem Beispiel des Berliner Volksbegehrens „Deutsche Wohnen Enteignen“ gefolgt werden, in dem ähnliche Maßnahmen auf ihre Durchführbarkeit in Niedersachen geprüft und wenn möglich angestoßen werden. Zudem müssen Wohnungen wieder von der öffentlichen Hand gebaut werden. Für die niedersächsische LINKE ist diese Kampagne ein Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit im laufenden Jahr. Unser Ziel ist, aktive Kreisverbände und Basis-Initiativen zu vernetzen und in der Organisation betroffene Mieter*innen stärken. Wir wollen uns noch stärker als Partner der Mieter*innen verankern.

Um unsere Kampagnenfähigkeit zu verbessern, müssen Themen und Aktionen zwischen Partei-, Landesvorstand und den Kreisverbänden noch besser abgestimmt werden.

Notwendig ist auch eine enge Verzahnung von Aktivitäten der Partei mit der Tätigkeit der 5 Bundestagsabgeordneten und den Ressourcen ihrer Büros. Auch die Zusammenarbeit mit den Kommunalpolitiker*innen muss ausgebaut werden.

[Änderungsantrag von Thorben Peters und Janis Wiliceny übernommen vom Landesvorstand]:
Die niedersächsische Linke ist Teil der Friedensbewegung

Kriege und Konflikte spitzen sich weltweit zu, die Gefahr einer atomaren Eskalation wächst. Insbesondere die NATO-Staaten verschärfen die Lage durch kollektive Aufrüstung, erhöhter Rüstungsforschung, vermehrter Waffenexporte und Truppenverlegungen an die russische Grenze. Niedersachsen ist nach wie vor Umschlagplatz für Rüstungsgüter, Durchgangsland für Kriegslogistik, Truppenübungsstandort und Teil der Rüstungsindustrie, damit für Erforschung und Produktion von Kriegsgerät.

Dagegen steht eine ungebrochen hohe Ablehnung der Bevölkerung gegen Auslandseinsätze, Waffenexporte und Aufrüstung. Statt die Gelder und Ressourcen in Hochrüstung zu versenken, müssen diese für zivile Produktion und sozialen Fortschritt verwendet werden. Jeder Euro weniger in die Rüstungsindustrie, ist ein mehr für das Allgemeinwohl.

Gemeinsam wollen wir als Friedenspartei, Teil der kämpferischen Friedensbewegung sein, die Krieg den Krieg ansagt. Wir mobilisieren zu Ostermärschen sowie zum Antikriegstag, klären auf und bringen den Protest auf die Straße, wo es nötig ist.

Vom Landesvorstand übernommener Änderungsantrag von :

Amira Mohamed Ali (KV Oldenburg/Ammerland), Dr. Holger Onken (KV Oldenburg/Ammerland), Gudrun Klöpper-Schön (KV Wilhelmshaven), Martin Stricker (KV Diepholz), Tom Dobrowolski (KV

Cloppenburg), Kreszentia Flauger (Landesrat LINKE Frauen), Helmuth Hoffmann (KV Grafschaft Bentheim), Ursula Stevens-Kimbel (KV Leer), Agnes Wittke (KV Friesland), Stephan Möller (KV Friesland), Hajo Schepker (KV Friesland), Siegfried Peters-Taschenberger (KV Friesland) Wilfried Rademacher (KV Emden), Victoria Kretschmer (KV Nienburg), Stefan Klingbeil (KV Rotenburg), Guido Hagelstede (KV Cuxhaven), Nicolas Dielh (KV Hannover), Agnes Hasenjäger (KV Hannover), Alf Reuwsaat (KV Leer), Arnold Neugebohrn (KV Osterholz), Andreas Strassemeier (KV Osterholz), Elke Licht (KV Osterholz), Sabine Lösing (KV Göttingen), Wolfgang von Garrel (KV Leer), Gerold Hohlen (KV Wesermarsch), Silvia Sedlmayer, Willi Lüpkes (KV Oldenburg/Ammerland), Peter Parizky (KV Vechta), Marianne König (KV Northeim), Lars Leopold (KV Hildesheim), Daphne Weber (SDS, KV Hildesheim), Michael Huffer (KV Hildesheim), Heinz Kühsel (KV Harburg-Land), Udo Antons (KV Harburg-Land), LAG Landwirtschaft, Ernährung & Verbraucherschutz, Jonas Wielenberg (KV Wilhelmshaven), Delegierte des KV Aurich, Reinhard Seekamp (KV Osterholz), Jürgen Eggers (KV Peine)

Für die sozial-ökologische Wende in Niedersachsen!

DIE LINKE sieht den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Europa als eines ihrer entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen an. Das Agrarland Niedersachsen nimmt dabei eine besondere Rolle ein. In Niedersachsen hängt jeder zehnte Arbeitsplatz von der Landwirtschaft ab. Im Zentrum der landwirtschaftlichen Produktion steht hier insbesondere die industrielle Massentierhaltung, die zu skandalösen Verhältnissen führt. Schlechte Arbeitsbedingungen, Tierquälerei, überdüngte Böden und belastetes Grundwasser. Das wollen wir ändern. Wir wollen weg von der industriellen Massentierhaltung, hin zu einer bäuerlichen Landwirtschaft, die ökologisch nachhaltig, respektvoll mit Menschen, Tieren und unseren natürlichen Ressourcen umgeht. Als Linke setzten wir uns dafür ein, dass sich alle Menschen eine Lebensweise leisten können, die dem Ziel einer sozial-ökologischen Wende entspricht. Eine Förderung der Landwirtschaft muss an ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtet sein und dafür brauchen wir faire Erzeugerpreise, damit vor allem die kleineren bäuerlichen Betriebe nicht länger vom Dumpingpreisdiktat der Schlachthöfe und Großhandelsketten erdrückt werden. Zur sozial-ökologischen Wende gehört daher auch, dass wir uns auf ganzer Linie für höhere Löhne, höhere Renten und höhere Sozialleistungen einsetzen. Eine gesunde Ernährung und ein nachhaltiger Verbraucher*innenschutz sind zentral für eine hohe Lebensqualität. Eine vollwertige, gesunde Ernährung müssen sich alle für sich und ihre Kinder leisten können, für ein gutes Leben.

Pressearbeit, soziale Medien und Publikationen

Immer wieder wird auf die Bedeutung der Medien und unserer Pressearbeit eingegangen. Es gelingt uns viel zu wenig unsere Themen in die Öffentlichkeit zu tragen. Dies muss sich unbedingt ändern, denn natürlich werden die Kämpfe vor Ort gewonnen, doch über Gutes, das man tut, muss zumindest in der Politik auch gesprochen, geschrieben und veröffentlicht werden. Es ist uns gelungen, über Facebook bessere Reichweiten zu erzielen, einen regelmäßig erscheinenden Newsletter aufzulegen und fast wöchentlich Pressemitteilungen zu tagesaktuellen Themen herauszugeben. Ziel muss es sein, dass unsere Partei und unsere Positionen auch in den Medien und damit im Alltag der Menschen wahrnehmbar werden. Hierfür müssen wir in unserer Pressearbeit noch professioneller, schneller, diverser radikaler und damit provokanter werden. Dafür müssen im Landesvorstand entsprechende

Strukturen nach politischen Fachgebieten geschaffen werden und vorhandene Ressourcen, wie bspw. Landesarbeitsgemeinschaften, genutzt werden. Auch die Kommunikation und Meinungsbildung sowie der Ideen- und Positionsaustausch innerhalb der Partei müssen über soziale Medien hinaus gestärkt werden – eine Chance bietet die neue Mitgliederzeitung, die die Pluralität der Partei aufgreifen und solidarische Diskussionen ermöglichen kann.

Zusammenarbeit mit linksjugend ['solid]/ dielinke.SDS

Zur aktiven Parteientwicklung gehört auch unser Jugendverband, die linksjugend ['solid] sowie der Studierendenverband dielinke.SDS. Der Jungendverband stellt einen wichtigen Ansprechpartner für Jugendliche und junge Erwachsene dar. Gerade in Milieus und Strukturen, die für die Partei anderenfalls schwerlich zu erreichen sind, entfaltet er Bindungskräfte, mehr und mehr junge Menschen kommen über unsere Jugendorganisation mit der Partei in Berührung. Zudem besetzt er besondere Themenfelder, wie z.B. Hochschulpolitik, Antifaschismus oder Drogenpolitik. Die Verbundenheit und Solidarität zwischen Partei und Jugendverband muss daher noch enger werden, in den letzten Monaten haben sich der Austausch und die Organisation gemeinsamer Aktionen bereits verbessert – dies muss weiter vorangebracht werden. Insbesondere der Aufbau des noch jungen Landesverbandes dielinke.SDS Niedersachsen wollen wir tatkräftig unterstützen. Dazu ist ein wechselseitiger kritisch-solidarischer Umgang miteinander notwendig, nur so können wir voneinander lernen.

Landesrat LINKE Frauen

Unsere Landespartei muss ihr feministisches Profil stärken. Dafür bedarf es einer engen Kooperation mit dem Landesrat LINKE Frauen, der sich aus allen weiblichen Mitgliedern des Landesverbandes zusammensetzt und essentieller Teil des feministischen Selbstverständnisses unserer Partei ist. Die frauen- und genderpolitische Arbeit des LLF muss nicht nur nach außen, sondern auch in die Partei hineinwirken. Daher sollen im neuen Landesvorstand quotiert zwei Antidiskriminierungsbeauftragte gewählt werden, die Ansprechpartner*in für alle Mitglieder sind, die sich Diskriminierung - egal ob aufgrund von Geschlecht, Herkunft, sozialer Lage, sexueller Orientierung, körperlicher Einschränkung, Alter oder anderen Faktoren - ausgesetzt sehen. Ähnliche Strukturen sollen langfristig auch in den Kreisverbänden entstehen. Feministische Positionen müssen bei allen Aktionen und Orten der Partei mitgedacht werden, diese Verantwortung betrifft uns als gesamte Partei.

Landesarbeitsgemeinschaften

Unsere Landesarbeitsgemeinschaften sind wichtige Instrumente für die Integration von aktiven Mitgliedern und Sympathisant*innen, für die Verankerung in der Gesellschaft und für die inhaltliche und politische Weiterentwicklung unserer Partei. Die erfolgreiche Aktivierung der

Landesarbeitsgemeinschaften und die Unterstützung bei ihrer Arbeit muss fortgesetzt werden. Durch eine bessere Einbeziehung aller genannten Strukturen kann unsere Partei nur profitieren und wachsen.

Politische Bildung

Die politische Bildungsarbeit wollen wir weiter ausbauen. Wir brauchen mehr politische Bildung, um unsere Mitglieder und Funktionsträger*innen zu qualifizieren. Ein guter Weg wurde mit den Grundlagenseminaren beschritten. Künftig müssen wir die Arbeit mit den Kreisvorstandsmitgliedern intensivieren, die spezifische Aufgaben erfüllen (Geschäftsführung, Mitgliederbetreuung, Kampagnen etc.), um deren Arbeit vor Ort zu stärken und deren Anregungen und Erfahrungen aufzunehmen. Ebenso braucht es einen regelmäßigen Austausch zwischen Mitgliedern der Landesarbeitsgemeinschaften und der Partei.

Rolle des Landesvorstands

Auf dem letzten Parteitag haben wir unsere Satzung geändert und den Landesvorstand um stellvertretende Vorsitzende ergänzt, um die politische und administrative Arbeit im geschäftsführenden Landesvorstand auf mehr Schultern zu verteilen. Um unsere Strukturen noch effektiver und arbeitsfähiger zu gestalten, ist darüber hinaus eine hauptamtliche Landesgeschäftsführung beschlossen worden und nun einzurichten. Doch das allein wird nicht reichen. Nach dem schmerzhaften Verlust unserer Landtagsfraktion im Jahr 2013 und dem denkbar knapp verpassten Wiedereinzug in den niedersächsischen Landtag im Jahr 2017 ist es Aufgabe des Landesvorstands, die fehlende Fraktion zu ersetzen und deren Themenbereiche in großen Teilen abzudecken. Hierfür muss es dem Landesvorstand mehr als bisher gelingen, jedes seiner Mitglieder in die Arbeit einzubinden, fachpolitische Themenfelder zu besetzen und kompetent zu bearbeiten. Jeder Person, die bereit ist im Landesvorstand mitzuarbeiten, muss bewusst sein, dass es mehr als genug Arbeit gibt und jede und jeder seinen Teil dazu beitragen muss, dass wir die LINKE in Niedersachsen stärken. Wir müssen gemeinsam kämpfen, leider auch im Dschungel aus Bürokratie und Organisation. Es muss dabei jedoch betont werden, dass es sich hier um eine (zusätzliche) ehrenamtliche Tätigkeit handelt, die jede und jeder nur nach bestem Wissen und Gewissen ausfüllen kann. Jede und jeder mit Enthusiasmus und neuen Ideen, mit ihrer bzw. seiner Kraft und Motivation ist willkommen, muss aber kontinuierlich ihren bzw. seinen Teil dazu beitragen, „dass der Laden läuft“ und unsere Mitglieder motivieren, selbst vor Ort aktiv zu werden bzw. zu bleiben.

[Änderungsantrag von Haimo Stiemer, Arne Brix, Kreisvorstand Oldenburg/Ammerland übernommen vom Landesvorstand:]

Um die anstehenden Herausforderungen planvoll in Angriff zu nehmen, wird sich der Landesvorstand

für seine Wahlperiode auf der Grundlage der Beschlüsse der 1. Tagung des 7. Parteitages ein Arbeitsprogramm geben und dieses auf einer der nächsten Sitzungen des Landesausschusses vorstellen.

Den Blick nach vorne richten: kommende Herausforderungen meistern

Wir wollen im Jahr 2022 mit einer starken, bunten und angriffslustigen Partei in den Landtag einziehen. Dafür müssen wir in den kommen Jahren die Grundlage legen. Denn Wahlen werden nicht nur in Wahlkämpfen gewonnen oder verloren. Es kommt auf unsere tägliche politische Arbeit in den unterschiedlichen Auseinandersetzungen genauso an, wie darauf, uns als Organisation weiter zu entwickeln, uns mit verschiedenen außerparlamentarischen Akteur*innen zu vernetzen und die Zusammenarbeit zu suchen und unseren Genoss*innen (Mitgliedern) den Rücken zu stärken, sie inhaltlich weiter zu bilden und ihnen Raum zur Entfaltung zu bieten.

Die erste Hälfte des Jahres 2019 wird durch die Europawahl geprägt sein. Wir werden diese Wahl nutzen, unser systemkritisches Profil zu schärfen und deutlich zu machen, dass wir ein anderes Europa wollen, das nicht wie bisher allein von den Interessen des Großkapitals bestimmt ist, ein Europa ohne Aufrüstung und Militarisierung, für sozialen Ausgleich und mit verbindlichen sozialen und ökologischen Mindeststandards. Statt neoliberaler Wirtschaftspolitik und Austerität mehr Rechte für die Beschäftigten und alle sozial Benachteiligten. Statt Überwachungsstaat wollen wir eine Demokratisierung der Institutionen der EU.

Wir werden im Europawahlkampf alles daransetzen, in Niedersachsen ein starkes Ergebnis für DIE LINKE einzufahren. Die Kreisverbände sind in besonderer Weise dazu aufgerufen, die Neumitglieder im Wahlkampf „an die Hand zu nehmen“. Der Erfolg unseres Wahlkampfes wird sich nicht nur am Ergebnis bemessen, sondern auch daran, wie gut es uns als Gesamtpartei gelungen ist, neue und alte Mitglieder für den Wahlkampf zu (re-)aktivieren und ihre Kraft und Kreativität einzubeziehen. Mit unserer Wahlkampf- und Kulturkommission haben wir bereits einen wichtigen Schritt unternommen, um die Basis in diesen Wahlkampf einzubinden – sei es durch das Europaforum Ende Januar oder die permanente Begleitung des gesamten Prozesses durch die Mitglieder der Kommission, in der auch Vertreterinnen und Vertreter unserer Strukturen, wie der linksjugend [solid] oder des Landesrats LINKE Frauen.

Ein Meilenstein auf unserem Weg zurück in den Landtag werden die Kommunalwahlen 2021. Deshalb muss DIE LINKE Niedersachsen rechtzeitig mit der inhaltlichen Vorbereitung der Kommunalwahlen 2021 beginnen. Dies wird eine der anstehenden Aufgaben, denen sich der neu gewählte Landesvorstand widmen muss. Um unser kommunalpolitisches Profil zu schärfen und das inhaltliche Fundament für einen erfolgreichen Kommunalwahlkampf zu legen, brauchen wir in den nächsten zwei

Jahren einen qualifizierten Diskussionsprozess als Gesamtpartei, bei dem insbesondere die bisherigen Kommunalpolitiker*innen mit ihrer Erfahrung und Expertise einbezogen werden sollen. Wir wollen dabei die bisherige kommunalpolitische Arbeit, Arbeitsschwerpunkte des Landesverbands und einen kritischen Blick auf die Lage der Kommunen und des Landes zu einem starken kommunalpolitischen Profil mit erkennbaren Themenlinien verdichten. Wir werden diesen Prozess mit geeigneten Veranstaltungsformaten offen und partizipativ gestalten, und laden insbesondere weitere Parteistrukturen (Kreisverbände, Landesarbeitsgemeinschaften), aber auch neue und bisher nicht-aktive Parteimitglieder ein, sich darin aktiv einzubringen. ~~Seine inhaltlich-organisatorische Ausgestaltung ist ein wichtiger Arbeitsauftrag für den neuen Landesvorstand – damit die Verankerung der LINKEN Niedersachsen als Stimme der sozialen Vernunft in Niedersachsen in der Fläche gestärkt und ausgebaut wird.~~

[Änderungsantrag von Haimo Stiemer, Arne Brix, Kreisvorstand Oldenburg / Ammerland übernommen vom Landesvorstand:]

Ziel dieses Prozesses ist die Entwicklung von „Kommunalpolitischer Leitlinien der niedersächsischen Linken“, welche der Landesvorstand abschließend auf einem Landesparteitag zur Diskussion und Beschlussfassung einbringen wird. Wir wollen die Grundlage dafür schaffen, als Stimme der sozialen Vernunft in Niedersachsen in der Fläche stärker zu werden.

Wenn wir so einen Fahrplan bis zum Jahr 2022 in den Blick nehmen, heißt das nicht, dass wir unsere Parteiarbeit auf die Vorbereitung von Wahlkämpfen verengen. Es geht vielmehr um eine starke LINKE, die in täglichen Auseinandersetzungen, im Kleinen wir im Großen präsent ist – und sich dabei ein offenes Ohr für das gesellschaftliche Unten stets bewahrt. DIE LINKE Niedersachsen bleibt die Stimme der sozialen Vernunft, als Mittelfinger an die Herrschenden, als Motor für soziale Veränderungen, als Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Eine andere Welt ist möglich

Grenzenloses Profitstreben, Armut und Kriege: Der Kapitalismus ist die zentrale Ursache für viele Probleme auf unserem Planeten. Damit wollen wir uns nicht abfinden. DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, in der der Mensch und nicht das Streben nach Profit im Mittelpunkt steht.

[Änderungsantrag von Thorben Peters und Janis Wisleny übernommen vom Landesvorstand:]

Gemeinsam mit den wachsenden progressiven Bewegungen wollen wir die Voraussetzung dafür schaffen, um die Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern. Hierfür solidarisieren wir uns mit

den Lohnabhängigen, den prekär Beschäftigten, den Erwerbslosen sowie den Gefüchteten, gegen die organisierten Profitinteressen der Konzerne. Akteure wie Gewerkschaften, die Sozial- und Umweltverbände sind hierbei unsere traditionellen Verbündeten. Nur mit progressivem Druck aus der Zivilgesellschaft heraus ist ein Wandel überhaupt möglich. Als Landesverband sind wir aktiver Teil der Zivilgesellschaft. Gemeinsam haben wir es in der Hand.

Änderungsantrage zum Leitantrag

LÄ1

Änderungsantrag zum Leitantrag von Haimo Stiemer, Arne Brix, Kreisvorstand Oldenburg/Ammerland

Zeile 14 bis 21 wird ersetzt durch:

„Unter jeder bisherigen Regierungskonstellation der anderen Parteien wuchs in den letzten Jahren auch in Niedersachsen die Kuft zwischen Arm und Reich. Und wir müssen eingestehen, dass die LINKE Niedersachsen derzeit noch nicht stark genug ist, um der herrschenden Politik Zugeständnisse abzuringen, gescheige denn eine Wende hin zu einer sozialen und solidarischen Politik einzuleiten. Wir haben im Jahr 2017 mit 177.118 Stimmen den Einzug in den Landtag verpasst. Dies mag an verschiedenen Gründen gelegen haben. Anscheinend trauen uns aber noch nicht genügend Menschen zu, dass wir an ihrer Seite die konkreten Lebensverhältnisse verändern. Wir nehmen das als Ansporn, unsere Arbeit als außerparlamentarische Oppositionskraft zu verbessern, unser linkes landespolitisches Profil zu schärfen und eine größere Außenwirkung zu entfalten. Wir wollen und müssen stärker werden! Dem neoliberalen Parteikartell des „Weiter so!“ müssen wir uns entschlossen entgegenstellen. Wir müssen unsere Kräfte bündeln und gezielt in die politischen Debatten investieren, um den täglichen Skandal des Status Quo öffentlich zu machen und zu politisieren. Denn wir sind die Kraft, die konsequent für ein soziales, friedliches und ökologisches Niedersachsen kämpft.

Ab „Wir nehmen das als Ansporn...“ wurde der Antrag vom Landesvorstand übernommen.

LÄ2

Änderungsantrag der Antikapitalistischen Linken

Zeile 158f.

Egänzung folgenden Satzes: „Zudem müssen Wohnungen wieder von der öffentlichen Hand gebaut werden."

durch:

„, wobei die Enteignung leerstehenden Wohnraums oberste Priorität haben muss."

Begründung:

Die Förderung nach öffentlichem Wohnungsbau und nach Enteignung leerstehenden Wohnraums sollten einander ergänzen. Denn bei bundesweit 1,7 Millionen leerstehenden Wohnungen könnten Enteignungen bereits alle 1,2 Millionen in Deutschland lebenden wohnungslosen Menschen mit Wohnraum versorgen. Ohne die Eigentumsverhältnisse durch eine solche Forderung konkret in Frage zu stellen, droht der Landesverband die Ausrede des „fehlenden Wohnraums" der herrschenden Politik zu wiederholen und durch die Ankurbelung der Warenproduktion via Neubau sogar den Immobiliensektor zu subventionieren. Das würde weder die Marktlogik der Wohnversorgung in Frage stellen, noch die zynische Debatte der herrschenden Klassen entlarven: Dass nämlich Spekulationsgewinne und Überschuss schützenswerter gesehen wird, als der Kampf gegen Wohnungsnotfälle und Kältetote. Überdies wäre massenhafter Neubau weniger umweltverträglich als die Nutzung bereits bestehenden Wohnraums und durch Enteignungen auf ruralen Gebieten könnte zusätzlich eine Brücke zur Frage nach der Infrastruktur ländlicher Gebiete und kostenlosem Nahverkehr geschlagen werden.

LÄ 3

Änderungsantrag der Antikapitalistischen Linken

Z. 254f.

Ersetzung folgenden Satzes: „Statt Überwachungsstaat wollen wir eine Demokratisierung der Institutionen der EU."

durch:

„Wir setzen auf eine demokratische und sozialistische Alternative sowohl zum Überwachungsstaat, als auch zu den Institutionen der EU.“

Begründung:

Wir lehnen sowohl nationale- als auch supranationale Organisationsformen der kapitalistischen Klassenherrschaft ab. Das bedeutet zum einen, sich keine Hoffnungen über eine „menschlichere“ Überwachung durch EU-Institutionen wie Interpol zu machen, als auch das weitverbreitete Mantra einer Reformierbarkeit der EU in Frage zu stellen: Wenn diese nämlich nicht „zufällig“ militaristisch, neoliberal und undemokratisch ist, kann sie auch nicht kleckerweise reformiert werden: Als Vertragseinheit prokapitalistischer Regierungen bürgerlicher Klassenstaaten ist es ihre einzige Aufgabe, den herrschenden Klassen zu dienen. Es ist illusorisch anzunehmen, dass die Verfasstheit der EU als Interessenvertretung der herrschenden Klassen ihrer Mitgliedsstaaten und deren politischen Personal im Interesse der lohnabhängigen Bevölkerung agieren würde, ohne dass es zuvor zu umfassenden revolutionären Brüchen auf Grundlage von Massenprotesten gekommen wäre. Der Aufbau einer Gegenmacht zur Überwindung der EU und des gesamten kapitalistischen Systems sollte noch immer zentrales Leitziel einer sozialistischen Partei darstellen. Anstelle eines unmöglichen „Neustarts“ der EU-Verträge sollten sozialistische Regierungen der EU den Rücken kehren und für eine freie sozialistische Föderation Europas kämpfen. Erst diese kann das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wahren und durch die jederzeitige Wahl und Abwahl politischer Entscheidungsträger*innen Ausdruck der lebendigen Demokratie der Räterepubliken werden.

A1

Mietenkampagne der LINKEN in Niedersachsen

Antragsteller: Landesvorstand

Jahrzehntelang wurde der soziale Wohnungsbau reduziert. Die Apologeten des neoliberalen Kapitalismus versprachen, dass der Markt alles richten werde und zu einer auskömmlichen Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum führe.

Die Realität hat das längst widerlegt. Inzwischen räumen das auch politische Vertreter von SPD und Grünen ein. Entschiedene Eingriffe zur Lösung der Probleme sind aber nicht zu verzeichnen.

Nur der Bau von Luxuswohnungen wirft im frei finanzierten Wohnungsbau für Investoren akzeptable Renditen ab. Das kann man leicht nachrechnen. Bei den gestiegenen Grundstücks- und Baupreisen muss eine Wohnung in den Ballungszentren mindestens 9 Euro Miete pro Quadratmeter kosten, wenn der Investor nur eine minimale Verzinsung des eingesetzten Kapitals erreichen will. Angeboten werden gegenwärtig schon Mieten um 10 bis 11 Euro. Mieten in dieser Größenordnung sind für Bevölkerungsschichten mit kleinem Einkommen aber unbezahlbar. Vor allem in den Ballungsgebieten gibt es deshalb einen zunehmenden Mangel an bezahlbaren Wohnungen. Die Wohnungsfrage ist für viele zur sozialen Frage geworden. Mitunter werden schon bis zur Hälfte des verfügbaren Einkommens für Kosten der Unterkunft ausgegeben (Miete + Energie + Nebenkosten). Der Markt wird zu einem „Vermietermarkt“, in dem die Vermieter die Bedingungen der Mietverträge diktieren, vor allem bei Neuvermietungen.

In Art. 6a der Nds. Landesverfassung steht, das Das Land darauf hinwirkt, dass die Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum versorgt ist. Dieser Verfassungsauftrag wird offensichtlich nicht erfüllt.

Gegenwärtig wird vom Nds. Innenministerium den Kommunen sogar verboten eigene Grundstücke unter Wert zu verkaufen, wenn dies mit der Auflage verbunden ist, preiswerten Wohnraum zu schaffen. Dagegen läuft aber schon eine Petition der LINKEN, über die der Landtag gerade berät.

Die von der großen Koalition in Berlin verabschiedete „Mietpreisbremse“ hat wegen ihrer zahlreichen Ausnahmen und Inkonsequenzen praktisch keine Entlastung für die Mieter gebracht. Der Bodenspekulation, die natürlich mietpreistreibend wirkt, hat weder die Bundesregierung noch die Landesregierung irgend etwas entgegengesetzt.

Eine Entlastung für die Mieter kann nur entstehen, wenn deutlich mehr Wohnungen angeboten werden, die Rechte der Grundstückseigentümer mit der Wohnungsnot Extraprofite zu machen wirksam eingeschränkt und die Mieter vor Vermietermaßlosigkeit geschützt werden.

DIE LINKE hat im September eine bundesweite Kampagne „Bezahlbare Miete statt fetter Rendite“ gestartet. Auch für die niedersächsische LINKE soll diese Kampagne ein Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit in den nächsten Jahren werden.

Um unsere Kampagnenfähigkeit zu verbessern, müssen Themen und Aktionen zwischen Partei,- Landesvorstand,- den Kreisverbänden und den Kommunalpolitiker*innen noch besser abgestimmt werden.

DIE LINKE ist die Partei, die in Parlamenten und Räten diese Fragen thematisiert und zur Lösung der Wohnungsprobleme geeignete Maßnahmen vorschlägt. Auch außerparlamentarisch bringt sie sich ein und formuliert geeignete Forderungen.

Den Kreis- und Ortsverbänden wird vorgeschlagen, im Rahmen der Kampagne für bezahlbaren Wohnraum die folgenden Forderungen aufzugreifen und mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen zu verbinden:

1. Da, wo die Städte und Gemeinden über eigene Grundstücke verfügen, sollte die Gemeinde selbst Wohnungen bauen. Das Bau- und Vermietungskonzept kann geeigneten Trägern des sozialen Wohnungsbaus überlassen werden. Der Bau eigener Wohnungen hat den Vorteil, dass die Grundstückspreise nicht in die Kalkulation der Mieten einfließen muss. Wenn es vor Ort noch keine kommunalen Wohnungsbaugesellschaften gibt, sollten diese schleunigst gegründet werden.

2. Gemeindliche Grundstücke können nach sozialen Kriterien für den Eigenheimbau vergeben werden. Hier könnten z.B. Kinderreichtum, geringes Einkommen (Wohnberechtigungsschein) oder körperliche Einschränkungen der Nutzer berücksichtigt werden.

3. Bei der Ausweisung neuer Wohngebiete können Sozialquoten im Bebauungsplan in Verbindung mit städtebaulichen Verträgen verbindlich festgelegt werden. Das bedeutet, dass das Privileg ein Grundstück bebauen zu dürfen mit der Gegenleistung verbunden wird, mindestens einen Teil der neu geschaffenen Wohnungen für etwa 20 Jahre nicht teurer als z. B. 6 Euro pro qm zu vermieten.

4. Neben den bestehenden (völlig unzureichenden) Förderprogrammen des Landes sollen die Kommunen eigene Förderprogramme auflegen, die die Subventionsempfänger verpflichten, als Gegenleistung für die Fördersumme langfristige Verbindlichkeiten einzugehen, preiswerten Wohnraum zu schaffen.

5. Wohnungen im Bestand können durch vergleichbare Förderungen mit Belegungsbindungen versehen werden.

6. Förderung zur Erschließung „stiller Reserven“. Damit ist die Förderung des Umbaus von Einfamilienhäusern gemeint, durch den zusätzliche Wohngen geschaffen werden, wenn z.B. Häuser, die mal für eine ganze Familie gebaut wurden, nach Auszug der Kinder nur noch von ein oder zwei

Personen bewohnt werden. Das kann z.B. den Einau einer zusätzlichen Wohnungstür oder eines neuen Bades in bestehenden Wohnhäusern betreffen.

7. Solange der Bundestag keine wirksamen Gesetze gegen die Bodenspekulation erlässt, sollten wenigstens auf kommunaler Ebene die möglichen Handlungsspielräume ausgeschöpft werden. Dies kann z. B. Durch sogenannte Bodenvorratspolitik geschehen, was bedeutet, dass die Kommunen Baurechte erst ausweisen, wenn sie private Grundstücke selbst gekauft haben, die sie dann an Bauwillige wieder unter sozialen Bedingungen verkaufen. So entsteht ein Rollfond von Grundstücken, die gekauft und wieder verkauft werden, ohne dass private Grundstückseigentümer an Wertsteigerungen der Grundstücke profitieren können.

8. Mietwucher sollte in den Gemeinden identifiziert und benannt werden. Das kann z.B. durch Strafanzeigen geschehen. Die Wenigsten wissen, dass Mietwucher nach § 291 StGB eine Straftat ist, die angenommen wird, wenn eine Miete 50 % über dem ortsüblichen Niveau liegt. Wenn eine geforderte Miete 20 % über dem ortsüblichen Durchschnitt liegt, kann aber auch schon eine Mietpreisüberhöhung nach § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes vorliegen, was eine Ordnungswidrigkeit ist, die im Falle einer Anzeige deshalb geprüft und verfolgt werden muss.

9. Für Empfänger sozialer Transfairleistungen gelten Mietobergrenzen bis zu deren Kosten die Unterkunft von den Kommunen erstattet werden. Diese Grenzwerte sind von Ort zu Ort verschieden und werden teilweise von Kommunen festgesetzt. Diese Grenzwerte sind häufig zu niedrig, so dass Hartz IV-Empfänger zu diesen Sätzen keine Wohnung finden. Die Linke wird deshalb vor Ort aktiv, um diese Sätze an die Realität der örtlichen Wohnungsmarktberechtigungen anzupassen.

10. Besondere Probleme bestehen für Studierende. Es gibt zu wenig Wohnraumplätze. DIE LINKE fordert deshalb, die Studentenwerke mit zusätzlich Geld für den Bau von Studentenwohnungen auszustatten. Hierzu sind Veranstaltungen und Initiativen mit örtlichen SDS Verbänden und andere studentischen Organisationen möglich

11. Die Wohnungsnot in vielen Ballungszentren aht auch die Situation für obdachlose verschärft. Vor Ort sind deshalb Forderungen nach menschenwürdigen Unterkünften zu stellen. Kein Mensch darf in Situationen kommen, in der die Gefahr besteht bei Übernachtung im Freien zu erfrieren

Was müssen wir tun damit diese Kampagne erfolgreich wird

In der politischen Landschaft und auch in der Partei DIE LINKE wird der Erfolg von Kampagnen häufig an der Außenwirkung festgemacht. Auch wenn es letztlich in der politischen Auseinandersetzung auch immer um die Außenwirkung geht, ist es dennoch wichtig, die interne Wirkung von Kampagnen mitzudenken und zu reflektieren. Wir müssen uns klar machen, dass wir aktuell (fast?) nirgends in der Lage sind, „Druckkampagnen“ zur unmittelbaren Durchsetzung von bestimmten Forderungen zu führen (etwa zur Gründung von kommunalen oder landeseigenen Wohnungsunternehmen).

Der „Erfolg“ einer Umsetzung der Mietenkampagne auf Landesebene in Niedersachsen ist deshalb nicht in erster Linie vom nach außen sichtbaren Output abhängig zu machen, sondern daran, ob es gelingt, Mitglieder und Mandatsträger dahingehend zu aktivieren, sich mit dem Thema vertieft auseinanderzusetzen und bei dem Thema dauerhaft für DIE LINKE in die politische Auseinandersetzung zu gehen. Uns geht es nicht um die Anzahl von Infoständen oder Veranstaltungen, sondern um einen qualitativen Arbeitsprozess, um Mitglieder für die thematische Arbeit zu diesem Bereich zu (re-)aktivieren. Diese reflexive Ebene der Organisationsentwicklung sollte in der Kampagnenplanung und –führung eine wichtige Rolle spielen, aber nicht in der Kommunikation mit den (potentiellen) Aktiven. Denn kaum jemand wird zur Aktivität im Rahmen der Kampagne motiviert, wenn es heißt: damit wollen wir unsere Organisation weiterentwickeln.

Kommunikation und Aktivitäten der Kampagne bleiben deshalb auf das Thema fokussiert: wir wollen die Probleme rund um das Thema bezahlbare Mieten in Niedersachsen in der Öffentlichkeit thematisieren und DIE LINKE als Akteur präsentieren, die dazu eigene Vorschläge zur Problemlösung hat.

Ziele der Kampagne:

Um sich selbst vor politischem „Frust“ zu schützen, werden wir bestimmte, realistische Ziele definieren, deren Umsetzung und Erreichung wir mittels eines realistischen Fahr- und Zeitplan organisieren wollen. Ziele könnten sein (siehe Vorschläge für Aktivitäten weiter unten):

- Aufbau von Kern-Kreis von Aktiven (ca.5-10 Leute)
- Interesse und Bereitschaft aus mindestens 30% der KVs, an der Kampagne mitzuwirken (entweder von KV-Vorständen oder von Einzelpersonen), zu jedem dieser KVs eine Kontaktperson haben, und die in einen Aktivenverteiler (Email) einbinden
- Social-Media-Kampagne mit 12 Sharepics, jeden Monat eins
- Veranstaltungsreihe organisieren
- Aktionstag mit Flyer-Stecken & Infostand unter Beteiligung von mind. 10 KVs
- Konzertierte Aktion mit 1-2 Musteranträgen in mind. 10 Kommunalparlamenten

A 2

Antrag zur Wahl und Aufgabenstellung von Antidiskriminierungsbeauftragten

Antragstellerin: Landesrat LINKE Frauen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der neue Landesvorstand wählt quotiert zwei Antidiskriminierungsbeauftragte (ADB) spätestens in seiner 1. Sitzung nach der 1. Vorstandsklausur der neuen Legislatur. Die ADB erarbeiten mit mindestens zwei Vertreterinnen des Landesrates LINKE Frauen und weiterer interessierter Genoss*innen ein Konzept, das die Aufgaben der ADB auf den unterschiedlichen Ebenen der Landespartei – vom Landesparteitag bis zu Mitgliederversammlungen in den Kreisverbänden - im einzelnen beschreibt (z.B. individuelle Beratung von Genoss*innen, Herstellung von Schutzräumen, Organisation von Schulungen für ADB auf Landes- wie auf Kreisebene usw.) und Arbeitsweise und Befugnisse der ADB genauer umreißt.

Parallel dazu beauftragt der Landesvorstand eine Arbeitsgruppe, die in enger Kooperation mit der Konzeptgruppe, mit der sie auch identisch sein kann, bis zum nächsten Landesparteitag einen Antrag zu erarbeiten, der darauf zielt, die Wahl von ADB durch den Landesparteitag in der Satzung zu verankern.

Begründung

Diskriminierung in jeglicher Form bis hin zu manifester Gewalt ist nicht mit den Prinzipien der LINKE Niedersachsen vereinbar. Dennoch gibt es häufig Klagen meist von Genossinnen über dirimierendes Verhalten, das sie erfahren. Mit dem Antrag soll insgesamt die Sensibilität in der Wahrnehmung von Diskriminierung erhöht und für ihre offene Zurückweisung ermutigt werden.

Betroffene von Diskriminierung sollen ermutigt werden, ihre oft belastenden Erfahrungen in vertrauensvoller Atmosphäre ansprechen und sicher sein zu können, dass die ADB des Landesvorstandes sich um adäquate Regelungen bzw. Sanktionen bemühen werden.

I 1

Antragsteller*innen: Victor Perli (KV Wolfenbüttel), Daphne Weber (SDS Bundesvorstand, KV Hildesheim), Tom Dobrowolski (Vorsitzender KV Cloppenburg)
Unterstützer*innen: Nadja Vüst, Martin Menzen, Hans-Jürgen Reglitzki, Alexander Sonnenburg, Bernd Ehlert, Alexander Koch (alle KV Cloppenburg), Sabine Golzcyk (KV Holzminden), Kerstin Rudek (KV Lüchow-Dannenberg), Henrik Siebrecht, Daniel Welp, Jan-Bernd Grote (alle Linksjugend ['solid] Vechta/Diepholz), Jana Rolfes (KV Emsland), Mareike Bohne, Ralf Kache, Michael Breves, Christoph Möller, Uwe Meyer, Jens Thölking (alle KV Vechta), Martin Stricker (KV Diepholz), Marion Köllner, Dieter Michel-Weinreich, Thomas Weber (alle KV Gifhorn), Sabine Lösing, Carmen Rose, Timo Rose, Hanjo Rose, Patrick Humke, Natiq Nammadov (alle KV Göttingen), Heidi Reichinnek (KV Osnabrück), Michel Pauly, Thorben Peters (beide KV Lüneburg), Landessprecher*innenrat Linksjugend [‘solid], Jost Leßmann, Jan Heinemann, Nils Beckedorf (alle KV Hannover), Lars Leopold (KV Hildesheim), Nils Bassen (KV Rotenburg), Felix Mönkemeyer (KV Hameln), Uwe Schleicher (KV Salzgitter), Kreszentia Flauger, Christian Suhr, Friedrich Drees (alle KV Oldenburg-Land).

Der Landesparteitag möge beschließen:

Seenotrettung ist kein Verbrechen: „Sichere Häfen“ in Niedersachsen schaffen!

DIE LINKE Niedersachsen ist entsetzt über das anhaltende Sterben unzähliger Menschen im Mittelmeer und über die fehlende europäische Lösung für eine staatlich organisierte Seenotrettung sowie einen humanen Umgang mit Flüchtenden.

Wir solidarisieren uns mit den Bemühungen für eine zivile Seenotrettung und kritisieren die Versuche der Bundesregierung, weiterer Staaten und der EU-Kommission, diese zivile Seenotrettung zu kriminalisieren. Wir sind empört, dass Rettungsschiffe mit Geflüchteten wochenlang auf dem Mittelmeer verharren müssen, weil ihnen das Recht verweigert wird, an einem Hafen anzulegen.

DIE LINKE Niedersachsen unterstützt die Bemühungen der Initiative Seebrücke, möglichst viele Städte und Kreise als „sichere Häfen“ auszurufen. Dabei erklären die Kommunen ihre Bereitschaft, aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen und fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, alles menschenmögliche zu tun, um Fluchtursachen zu bekämpfen! Dazu zählt die bisherige Ausbeutung afrikanischer Länder durch einseitige Handelsverträge und anhaltende Waffenlieferungen.

Wir begrüßen, dass sich in Niedersachsen bereits die Städte Braunschweig, Cloppenburg, Hildesheim, Oldenburg, Osnabrück, der Kreis Hildesheim, die Region Hannover und die Gemeinde Thedinghausen mit der Unterstützung unserer Mandatsträger*innen zu „sicheren Häfen“ erklärt haben. Sie setzen damit ein wichtiges Signal gegen die von Seehofer, Salvini, Orban und Co. orchestrierte

Abschottungspolitik.

Wir ermuntern unsere kommunalen Mandatsträger*innen in allen Räten und Kreistagen, entsprechende Anträge auf den Weg zu bringen oder sie zu unterstützen.

Denn Seenotrettung ist kein Verbrechen!

Begründung:
Allein seit Anfang 2018 sind mehr als 2.200 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken. Die europäischen Regierungen versagen bei der Seenotrettung. Frontex schickt löchrige Schlauchboote zurück nach Libyen, wo die Flüchtlinge oftmals nur das Folterlager, Prostitution oder die Sklaverei erwarten. Politische Flüchtlinge oder LGBT*-Personen (Lesben, Schwule, Transpersonen) drohen Tod und Demütigung.

Die Menschenrechte ernst zu nehmen hat Aktivist*innen ziviler Seenotrettungsinitiativen wie Mission Lifeline, Jugend Rettet oder Sea-Watch dazu veranlasst, Boote zu chartern, um die Rettung der Menschen selbst in die Hand zu nehmen. Ihre Schiffe werden oftmals aus fadenscheinigen Gründen festgesetzt und dürfen nicht auslaufen. Crewmitglieder sehen langjährigen Haftstrafen entgegen, dem Potsdamer Rettungssanitäter Sascha G. drohen beispielsweise 20 Jahre Gefängnis für die Rettung von Menschenleben.

In letzter Zeit häufen sich tagelange Irrfahrten, mit den Geretteten an Bord, da die Schiffe in keinem Hafen einlaufen dürfen. Die Initiative Seebrücke hat aus diesem Grund die Aktion „sicherer Hafen“ ins Leben gerufen. Couragierte Bürger*innen waren in vielen deutschen Städten auf der Straße für zivile Seenotrettung. Beherzte Kommunalpolitiker*innen bringen Anträge in ihren Räten und Kreistagen ein, um die eigene Kommune zum „sicheren Hafen“ zu erklären.

Mit einem Beschluss dieses Antrags unterstützen wir das Anliegen landesweit und stellen uns öffentlichkeitswirksam an die Seite der Seebrücken-Bewegung, in der sich tausende Menschen engagieren und die bereits in diversen Städten Niedersachsens zu Demonstrationen aufgerufen hat.

Weitere Infos: https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/

Bericht der Landesschiedskommission

Wir konzentrieren uns in unserem Rechenschaftsbericht auf inhaltliche und formale Probleme, die wir sehen.
Jörg hat es dankenswerterweise übernommen, die Beschlüsse zu digitalisieren und zur Verfügung zu stellen - ihm sei auch darüber hinaus an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Wir halten den **Umgangston** in unserer Partei für nicht angemessen! Mehr noch als im persönlichen Umgang herrscht im Kreisverbändeverteiler, auf Face(Fascho)-Book und in E-Mails ein Ton und eine Kultur des Beschimpfens, die einer Partei, die für Solidarität einsteht, nicht gut zu Gesicht steht.

° GenossInnen, die an einem in der Partei heftig diskutiertem Punkt anderer Meinung sind, werden von den AbsenderInnen als

"Nazi" beschimpft oder ihnen wird die Fähigkeit zu selbstständige**m** Denken abgesprochen.

° Öffentlich wird die Hoffnung ausgedrückt, dass der oder die KandidatIn wegen angeblicher Karrieregeilheit möglichst wenig

Stimmen bekommen möge - man/frau selber werde auf jeden Fall anders wählen.

° Bei jeder passenden oder, viel öfter, unpassenden Gelegenheit wird der Vorwurf "Antisemitismus" gegen GenossInnen in den

öffentlichen Raum gestellt.

Gerade das Medium Face-Book ist in keinster Weise diskursgeeignet, es ist im Doppelsinn eine Platt-Form für Beleidigungen und Verleumdungen. -
In den Fällen/Anträgen an die LSchK spiegelten sich diese Themen, neben Anfechtungen von Wahlen etc., wieder. Bei politischen Auseinandersetzungen ist auf die Würde jedes Einzelnen zu achten - weder Gewalt noch Mobbing dürfen die Streitkultur der Linken prägen.

Neben etlichen Alt- und Folgefällen aus 2015 und davor haben wir aus 2016 35 und aus 2017 17 Verfahren gehabt; im lfd. Jahr sind es bisher 9 Verfahren, die wir beraten und z.T. abgeschlossen haben.

Die **Kooperation mit Landesvorstand und Landesbüro** war nicht immer glücklich.

° Ein aus diesem Grund geführtes Gespräch mit dem geschäftsführenden LaVo verlief weitgehend fruchtlos.

° Es gab weiterhin Pannen und Einmischungen, die uns die Arbeit erschwerten und nicht statthaft sind.

° Anders als verabredet wurden zu einer Sitzung die Parteien nicht eingeladen, die LSchK aber nicht über die unterlassene Versendung

unterrichtet. Jörg war zum Versandzeitpunkt im Urlaub und kann hierfür nicht verantwortlich gemacht werden.

° Eine an den LaVo als Antragsgegner ergangene Ladung wurde vom Geschäftsführer dahingehend beschieden, dass der LaVo sich nicht für den Antragsgegner halte und deswegen nicht erscheinen werde. Dies Verhalten des LaVos stieß bei den TeilnehmerInnen der Sitzung auf völliges Unverständnis.

Unsere Vorschläge zur Satzung wurden nicht berücksichtigt, darüber wurde mit uns nicht kommuniziert - es war, als hätten wir keine Vorschläge gemacht.

Gegebenenfalls muss leider über eine vom Landesbüro unabhängige Kommunikationsstruktur nachgedacht werden.

Wir halten eine **vorgeschaltete Schlichtungsebene** für sehr sinnvoll und haben deshalb eine entsprechende Satzungsänderung vorgeschlagen.

° Z.B. das Verfahren KV Nordheim gegen den LaVo, aber auch andere Verfahren wären nicht notwendig gewesen, wenn es eine

vorgeschaltete Schlichtungsebene gegeben hätte.
° Ferner halten wir es für erwägenswert, die Satzung dahingehend zu ändern, dass jeweils die Hälfte (+/- 1) der Mitglieder der LSchK gewählt wird, während die andere Hälfte im Amt bleibt, um eine gewisse Kontinuität der Arbeit zu leisten.

Die Einführung einer Schlichtungsebene ist unser Antrag zur Neuformulierung der Satzung.

Abschließend sprechen wir eine Frage an, die in verschiedenen Verfahren, unterschwellig oder offen, eine Rolle gespielt hat:
Wieviel Inklusion braucht die Partei, wieviel hält sie aus? Schon die Frage wird vielen übel aufstoßen, aber sie ist in einem Verfahren von einer Partei aufgeworfen worden.

Auch Menschen, die an den Bedingungen des kapitalistischen Systems so leiden, dass sie psychisch erkranken, treten in unsere Partei ein. Aufgrund ihrer Erkrankung wirkt ihr Verhalten in der normalen Parteiarbeit auf andere Mitglieder manchmal so verstörend, dass diese dann ihre Mitarbeit einstellen oder gar die Partei verlassen.

Wir sollten diese Frage mit allem gebotenen Respekt diskutieren und Umgangsformen mit diesem Phänomen entwickeln - auch hier könnte eine Schlichtungsebene hilfreich sein.

Für die Landesschiedskommission

Derk-Olaf Steggewentz

Haushalt 2019 Vers. 1.2 DIE LINKE. Niedersachsen
Beschluss des Landesausschuss vom 15.12.2018 (redaktionell LSM)

	EINNAHMEN	Plan 2017	IST 2017 31.12.2017		Plan 2018	Vorl. IST 2018 31.10.2018		Plan 2019	Prognose 2020
1	Mitgliedsbeiträge	270.000,00 €	309.443,01 €	114,6%	310.000,00 €	293.671,05 €	94,7%	358.000,00 €	366.000,00 €
2	EL-Mitgliedsbeiträge	9.500,00 €	11.232,50 €	118,2%	11.000,00 €	12.920,00 €	117,5%	13.000,00 €	13.000,00 €
3	**Summe Mitgliedsbeiträge**	**279.500,00 €**	**320.675,51 €**	114,7%	**321.000,00 €**	**306.591,05 €**	95,5%	**371.000,00 €**	**379.000,00 €**
4	Mandatsträgerabgaben	0,00 €	19.650,00 €		30.000,00 €	35.100,00 €	117,0%	30.000,00 €	30.000,00 €
5	Spenden von natürlichen Personen	25.000,00 €	3.015,90 €	12,1%	5.000,00 €	2.054,57 €	41,1%	3.000,00 €	3.000,00 €
6	Spenden nicht zuordenbar	400,00 €	429,15 €	107,3%	400,00 €	183,50 €	45,9%	400,00 €	400,00 €
7	Spenden von juristischen Personen	0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €
8	**Summe Spenden/Mandatsabgaben**	**25.400,00 €**	**23.095,05 €**	90,9%	**35.400,00 €**	**37.338,07 €**	105,5%	**33.400,00 €**	**33.400,00 €**
9	Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €
10	Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,00 €	8,61 €		0,00 €	5,40 €		0,00 €	0,00 €
11	Einn. aus Veranstaltungen, Vertrieb und sonst. mit Einn. verb. Tätigk.	500,00 €	0,00 €	0,0%	500,00 €	561,92 €	112,4%	500,00 €	500,00 €
12	**Summe Einnahmen aus Zinsen, Veranstaltungen**	**500,00 €**	**8,61 €**	1,7%	**500,00 €**	**567,32 €**	113,5%	**500,00 €**	**500,00 €**
13	Staatliche Mittel	56.000,00 €	88.559,00 €	158,1%	56.000,00 €	66.419,25 €	118,6%	88.559,00 €	88.559,00 €
14	Sonstige Einnahmen	2.250,00 €	2.295,99 €	102,0%	0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €
15	Zuschüsse von Kreisverbänden aus Beitragsanteilen (direkt i. KV gezahlt)	6.750,00 €	4.845,05 €	71,8%	5.400,00 €	1.178,29 €	21,8%	5.400,00 €	6.000,00 €
16	Zuschüsse von Gliederungen (Personalkosten KV; Landesfond aus Z.15)	18.250,00 €	18.590,65 €	101,9%	14.800,00 €	10.946,16 €	74,0%	19.300,00 €	16.800,00 €
17	Zuschüsse von Gliederungen (vom PV)	373.100,00 €	401.237,00 €	107,5%	80.000,00 €	39.644,96 €	49,6%	91.800,00 €	76.800,00 €
18	Summe Zuschüsse	**398.100,00 €**	**424.672,70 €**	106,7%	**100.200,00 €**	**51.769,41 €**	51,7%	**116.500,00 €**	**99.600,00 €**
19	**Entnahme aus Rücklagen**	**48.000,00 €**	**0,00 €**	**0,0%**	**14.085,00 €**	**0,00 €**	**0,0%**	**6.185,00 €**	**1.285,00 €**
20	**Gesamtsumme Einnahmen**	**809.750,00 €**	**859.306,86 €**	106,1%	**527.185,00 €**	**462.685,10 €**	87,8%	**616.144,00 €**	**602.344,00 €**
	AUSGABEN								
1	Personalausgaben	**146.000,00 €**	**160.068,51 €**	109,6%	**180.300,00 €**	**145.381,58 €**	80,6%	**202.900,00 €**	**217.000,00 €**
2	Aufwendungen Geschäftsbetrieb	7.500,00 €	9.566,39 €	127,6%	9.000,00 €	8.916,44 €	99,1%	9.000,00 €	9.000,00 €
3	Aufwendungen Telekommunikation	1.800,00 €	1.956,89 €	108,7%	2.000,00 €	1.482,76 €	74,1%	2.000,00 €	2.000,00 €
4	Innere Verwaltung	20.500,00 €	18.579,23 €	90,6%	20.500,00 €	15.061,10 €	73,5%	22.500,00 €	22.500,00 €
5	Anschaffung inventarisierungspfl. Wirtschaftsgüter bis 5.000 €	2.500,00 €	3.930,76 €	157,2%	3.500,00 €	2.020,29 €	57,7%	3.000,00 €	3.000,00 €
6	Abschreibung, Wertanpassung	0,00 €	23,90 €		0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €
7	Reparaturen, Instandhaltung und -setzung	0,00 €	250,40 €	114,6%	500,00 €	25,00 €	5,0%	500,00 €	500,00 €
8	Versicherungen, Steuern, Abgaben	130,00 €	121,69 €	93,6%	130,00 €	121,69 €	93,6%	130,00 €	130,00 €
9	**Summe Sachausgaben**	**32.430,00 €**	**34.429,26 €**	106,2%	**35.630,00 €**	**27.627,28 €**	77,5%	**37.130,00 €**	**37.130,00 €**
10	Parteitage, Delegiertenkonferenzen	25.000,00 €	26.812,88 €	107,3%	12.000,00 €	12.945,33 €	107,9%	7.000,00 €	8.000,00 €
11	Sitzungen, Tagungen von Parteigremien	18.000,00 €	16.792,05 €	93,3%	18.000,00 €	13.309,91 €	73,9%	15.000,00 €	15.000,00 €
12	Lehrgänge/Workshops, durch Partei organisiert	4.000,00 €	1.033,95 €	25,8%	8.000,00 €	6.558,26 €	82,0%	8.000,00 €	8.000,00 €
13	Konferenzen und Kongresse, durch Partei organisiert	500,00 €	25,00 €	5,0%	0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €
14	Fachliteratur, Herstellung und Versand von Infomaterialien der Partei	2.000,00 €	453,38 €	22,7%	4.000,00 €	593,24 €	14,8%	4.000,00 €	4.000,00 €
15	Aufwendungen für internationale Parteibeziehungen	0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €
16	Öffentlichkeitsarbeit - außerhalb WK	8.000,00 €	7.485,23 €	93,6%	15.000,00 €	12.524,04 €	83,5%	12.000,00 €	12.000,00 €
17	Veranstaltungen - außerhalb WK	2.000,00 €	2.036,81 €	101,8%	4.000,00 €	2.503,88 €	62,6%	4.000,00 €	4.000,00 €
18	Internetkosten	1.500,00 €	1.358,95 €	90,6%	1.500,00 €	3.669,78 €	244,7%	1.500,00 €	1.500,00 €
19	Beiträge nationale Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden	230,00 €	225,00 €	97,8%	230,00 €	200,00 €	87,0%	230,00 €	230,00 €
20	Unterstützungen	4.000,00 €	4.000,00 €	100,0%	8.000,00 €	8.000,00 €	100,0%	8.000,00 €	8.000,00 €
21	**Gesamtsumme Sachausgaben allg. politische Arbeit**	**65.230,00 €**	**60.223,25 €**	92,3%	**70.730,00 €**	**60.304,44 €**	85,3%	**59.730,00 €**	**60.730,00 €**
22	Wahlparteitage/VertreterInnenversammlungen	15.000,00 €	16.892,44 €	112,6%	0,00 €	0,00 €		5.000,00 €	0,00 €
23	Wahlkampfveranstaltungen	0,00 €	19.895,49 €		0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €
24	weitere Wahlkampfausgaben	235.590,00 €	250.864,51 €	106,5%	0,00 €	347,75 €		10.000,00 €	0,00 €
25	Aufwendungen des Geschäftsbetriebs	0,00 €	1.810,31 €		0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €
26	WK Spitzenkandidaturen	0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €
27	**Summe Wahlkampf**	**250.590,00 €**	**289.462,75 €**	115,5%	**0,00 €**	**347,75 €**		**15.000,00 €**	**0,00 €**
28	Vermögensverwaltung	0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €

29	sonstige Zinsen	0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €
30	sonstige Ausgaben	0,00 €	102,60 €		0,00 €	0,00 €		0,00 €	0,00 €
31	**Summe Sachausgaben**	**348.250,00 €**	**384.217,86 €**	110,3%	**106.360,00 €**	**88.279,47 €**	83,0%	**111.860,00 €**	**97.860,00 €**
32	Zuschüsse an Kreisverbände aus Beitragsanteilen	108.000,00 €	123.933,40 €	114,8%	124.000,00 €	117.729,82 €	94,9%	143.200,00 €	128.100,00 €
33	sonstige Zuschüsse an Gliederungen	40.500,00 €	123.565,05 €	305,1%	48.300,00 €	35.947,00 €	74,4%	55.500,00 €	56.700,00 €
34	Zuschüsse an Gliederungen (an PV)	67.000,00 €	68.981,50 €	103,0%	68.225,00 €	112.097,25 €	164,3%	102.684,00 €	102.684,00 €
35	**Summe Zuschüsse**	**215.500,00 €**	**316.479,95 €**	146,9%	**240.525,00 €**	**265.774,07 €**	110,5%	**301.384,00 €**	**287.484,00 €**
36	Zuführung an Rücklagen	100.000,00 €			0,00 €			0,00 €	0,00 €
36	**Gesamtausgaben**	**809.750,00 €**	**860.766,32 €**	106,3%	**527.185,00 €**	**499.435,12 €**	94,7%	**616.144,00 €**	**602.344,00 €**
37	**Einnahmen - Ausgaben**	**0,00 €**	**-1.459,46 €**		**0,00 €**	**-36.750,02 €**		**0,00 €**	**0,00 €**
			-32.453,00 €			32.453,00 €			
			-33.912,46 €			-4.297,02 €			

Anmerkungen zum Haushaltsbeschluss 2019

Einnahmen

Zeile 1	Die Hochrechnung der Beitragseinnahmen 2018 lässt 350.000 € erwarten
Zeile 4	500 € mtl. von 5 MdBs
Zeile 15	45 % von 12.000 € Beitragseinnahmen bei KVen
Zeile 16	15 % von 12.000 € zzgl. Erstattung Gehaltskosten KVe
Zeile 17	Ansatz wie 2018 zzgl. 15.000 Euro aus Spendenkampagne Europawahl

Ausgaben

Zeile 1	LV 185.400 € (s. Stellenplan); zzgl. 17.500 € Personalkosten KVe
	Stelle mit 28,5 Wochenstunden für eine hauptamtliche Geschäftsführung eingeplant ab 1.4.2019
Zeile 4	Das Büro, das Sabine Lösing angemietet hat, wird ab Juli frei. Die Miete für 7-12/19 beträgt 1.920 Euro
Zeile 10	1 LPT (2-tägig) ohne Fahrtkosten
Zeile 12	Lehrgänge/Workshops, durch Partei organisiert: Auf Antrag im LA um 2000 auf 8000 € erhöht
Zeile 22	BPT/BVV (3-tägig) in Bonn
Zeile 34	88.559 € staatl. Mittel; 13.000 € Weiterleitung EL-Beiträge; 1.125 € anteilige GEMA-Kosten
Zeile 37	Abgrenzung zwischen Bundes- und Landesbuchhaltung, real für die HH-Betrachtung = -4.297,02 €

Anmerkungen zu Prognose 2020

Einnahmen

Zeile 15	50 % von 12.000 € * gemäß Beschluss minus 5% Beitragsanteil der KVs ab 2020
Zeile 16	15 % von 12.000 € zzgl. Erstattung Gehaltskosten KVe
	Erstattung Gehaltskosten KVe 2020 niedriger als 2019, weil befristet Stelle in Goslar 2019 endet

Ausgaben

Zeile 1	LV 202.000 € zzgl. 15.000 € Personalkosten KVe
	Geschäftsführung mit 3/4-Stelle ganzjährig
Zeile 32	**Rückgang mit Beschluss - 5% Beitragsanteil der KVs ab 2020** solange keine LT-Fraktion existiert

Realisierung einer bezahlten L-Geschäftsführung.

- Unter den Bedingungen der tariflichen Eingruppierung für Geschäftsführer und Umsetzung als ¾ Stelle ab 2.Quartal 2019 entsteht ein Aufwand von ca. 35.000 €. Ab 2020 von ca. 48.000 €.

- Der geplante Wegfall der Teilzeit Medienstelle (ca. 15.000 €) und die gestiegene Beitragssumme (Hochrechnung 2018 Netto LV ca. 15.000 €) machen die Umsetzung dieser Planstelle überhaupt erst möglich.

- Die geänderte Beitragsaufteilung zwischen Landesverband und Kreisverband ab 2020 zugunsten des Landesverbandes um 5% der Beitragsanteile = ca. 15.000 € macht die bezahlte Geschäftstührungsstelle in Folgejahr 2020 finanzierbar.

Beitragsentwicklung der Kreisverbände 2016 – 2020
(ohne direktkassierte Beiträge der KVs von ca. 12.000 € = kleiner 4% aller Beiträge im LV)

	IST 2016	Ist 2017	Hoch-rechnung 2018	Planung 2019	Planung* 2020	Netto 2017 bis 2020	Ø Mindereinnahme im KV je 100 Mitglieder im Jahr 2020*
Direkte Beitrags-anteile	107.000 €	124.000 €	140.000 €	143.000 €	128.000 €		
Landes-ausgleichfond	40.350 €	46.500 €	53.000 €	55.000 €	57.000 €		
Summe	147.350 €	170.500 €	193.000 €	198.000 €	185.000 €		
Delta zum Vorjahr		23.150 €	22.500 €	5.000 €	-13.000 €	37.650 €	-400 €

*** mit Beschluss minus 5% Beitragsanteil der KVs ab 2020 solange keine Landtagsfraktion existiert**

DIE LINKE. Niedersachsen
Landesschatzmeister

Rücklagen des Landesverbandes Februar 2019 - Bericht an den LPT 3/2019

Reinvermögen zum 31.12.2016:	97.000 €	
Reinvermögen zum 31.12.2017:	96.000 €	
Kaution Landesbüro	-6.000 €	
Allgemeine Liquiditätsreserve des Landesverbandes	-35.000 €	Entspricht Ausgaben von 2 Monaten für Gehälter, Büromieten + weitere Fixkosten
Weiterleitung Schlusszahlung staatl. Teilfinanzierung 2017 an PV in 2018	-32.453 €	
Nettorücklagen	22.547 €	
Geplante Entnahme aus Rücklage 2018	0 €	Plan 14.085 € - absehbar nicht erforderlich
Rücklagenentnahme Plan 2019	-6.185 €	
Nettorücklagen 2019	16.362 €	
Nettorücklagen zum 31.12.2016	56.000 €	
Nettorücklagen zum 31.12.2017	22.547 €	Abschmelzung durch LTW und BT-Wahlen 2017

Das Reinvermögen zum 31.12.2018 kann erst nach Feststellung des noch in Arbeit befindlichen Jahresabschlusses 2018 benannt werden. Da in 2018 aber keine Entnahme aus der Rücklagen erfolgen muss, ist diese Aussage zu den Nettorücklagen 2019 realistisch.

Bewerbung als Landesvorsitzende

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

seit meinem Entschluss in die LINKE einzutreten, habe ich mich von Anfang an engagiert in verschiedenen Bereichen eingebracht. So konnte ich sowohl auf Kommunal- als auch auf Landesebene, im Jugendverband und der Partei zahlreiche positive aber auch negative Eindrücke sammeln, die mich dazu bewogen haben, als Landesvorsitzende der LINKEN Niedersachsen zu kandidieren:

Die LINKE. Niedersachsen muss solidarisch sein – nach innen und außen!
Die LINKE. ist nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landesebene gespalten und viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Wir haben engagierte Mitglieder und überzeugende Positionen, die besten Voraussetzungen, um die Unterstützung der Menschen in Niedersachsen zu gewinnen. Wir brauchen weniger destruktive Personalstreitigkeiten und mehr Raum für solidarisch geführte, inhaltliche Diskussionen. Wir müssen uns dabei immer wieder vor Augen führen, dass wir die einzige Partei sind, die für die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter kämpft – das verbindet uns über alle Strömungen hinweg und muss im Kern unseres Handelns stehen.

Die LINKE. Niedersachsen muss ein landespolitisches Profil entwickeln!
Es ist dringend nötig, dass wir unser landespolitisches Profil schärfen und uns zu zentralen Themen wie Bildung, innere Sicherheit und Justiz, Infrastruktur und ÖPNV oder Landwirtschaft klar und deutlich positionieren. Das Wissen und die Erfahrungen unserer Basis müssen dabei über die verschiedenen Parteigremien einfließen. Ohne Landtagsfraktion müssen wir unsere Positionen auf anderen Wegen in die Gesellschaft bringen – zum Beispiel durch verstärkte Bündnis- und Kampagnenarbeit, öffentlichkeitswirksame Aktionen, angefangen von Demoteilnahmen über Streikbeteiligungen bis hin zu Podiumsdiskussionen und eine Intensivierung der Pressearbeit.

Die LINKE. Niedersachsen muss sich professionalisieren!
Wir haben mit der Einführung von stellvertretenden Vorsitzenden und einer bezahlten Geschäftsführungsstelle strukturelle Weichen für eine Professionalisierung gestellt. Doch das ist nur der erste Schritt. Jetzt müssen wir innerhalb des neu gewählten Landesvorstandes Zuständigkeiten und Aufgaben fair verteilen. Auch unsere Außenwirkung ist von zentraler Bedeutung. Wir brauchen gute Pressefotos, einen aussagekräftigen Aufritt in den sozialen Medien wie auf unserer Homepage und provokante, zeitnah verfasste Pressemitteilungen. Unsere Mitglieder geben unserer Partei durch ihren unermüdlichen Einsatz vor Ort ein Gesicht. Doch in der Landespolitik kommt die Partei de facto nicht vor, daran müssen wir arbeiten, um unsere Positionen in die Öffentlichkeit zu bringen und die nächsten Wahlkämpfe erfolgreich zu gestalten.

Gemeinsam haben wir die Chance mit der LINKEN Bewegung und Partei zu sein und in den Parlamenten und auf der Straße - aber immer an der Seite der Arbeiterinnen und Arbeiter - zu kämpfen. Ich würde mich freuen, wenn ich mit eurer Unterstützung meinen Teil dazu beitragen kann, sozialistische Politik in Niedersachsen zu stärken.

Mit solidarischen Grüßen

Heidi Reichinnek

Angaben zur Person:

- 1988 geboren in Merseburg, Sachsen-Anhalt
- aktuell tätig als Projektkoordinatorin
- Studium der Nahost- und Politikwissenschaft (B.A.) in Halle
- Studium der Politik und Wirtschaft des Nahen und Mittleren Ostens (M.A.) in Marburg
- Seit 2016 - Ratsfrau Osnabrück
- Seit 2017 - Landessprecherin linksjugend ['solid]
- Seit 2017 - Sprecherin und Schatzmeisterin der Basisgruppe Osnabrück
- Seit 2018 - Mitglied im Vorstand/geschäftsführenden Vorstand der LINKEN Niedersachsen
- Listenplatz 7 bei der Landtagswahl 2017 sowie Direktkandidatin Osnabrück-West
- Listenplatz 9 bei der Bundestagswahl 2017
- Mitglied bei**:** ver.di, VVN-BdA, Pro-Veg, ADFC

Liebe Genossinnen und Genossen,

in Niedersachsen regiert eine SPD-geführte GroKo des politischen „Weiter so!“, so dass der ungehemmte Sozial- und Demokratieabbau weiter voranschreitet. Wenn heute in Niedersachsen jeder sechste von Armut bedroht ist, Familien ohne Strom und Heizung leben müssen, die Unterrichtsversorgung nicht zu 100% sichergestellt werden kann, Bildung und Gesundheit immer noch von sozialer Herkunft und vom Geldbeutel abhängig sind, Krankenhäuser aber auch Schulen geschlossen werden, Landärzte und Hebammen fehlen, dann bedeutet das: DIE LINKE wird in Niedersachsen gebraucht - als Stimme, die deutlich sagt, was ist. Aber auch als demokratische Partei, die glaubwürdig an der Seite derjenigen steht, die die zunehmenden Ungerechtigkeiten nicht mehr einfach nur hinnehmen wollen. Wie das gelingen kann, haben wir u.a. auf der noNPOG-Demo in Hannover eindrucksvoll gezeigt.

Seit dem schmerzlichen Verlust unserer Landtagsfraktion im Jahr 2013 und dem denkbar knapp verpassten Wiedereinzug 2017 fehlt im Landtag eine echte soziale Opposition, eine Stimme für die Mehrheit der Menschen bei uns im Lande. Ziel muss es sein, unsere Landespartei inhaltlich und personell so aufzustellen, dass ein Wiedereinzug in den Landtag gelingt. Bis dahin muss der Landesvorstand die landespolitischen Themenfelder möglichst abbilden, besetzen und bearbeiten. Inhaltlich brauchen wir dazu die Debatten in unseren innerparteilichen Zusammenschlüssen, den Austausch mit den Kreisverbänden, der Linksjugend und den Studierenden.
Diese innerparteilichen Diskussionen wurden in der Vergangenheit mit viel Emotionen und oft genug auch Verletzungen auf allen Seiten geführt. Wir dürfen dabei jedoch nicht vergessen, warum wir diese Debatten miteinander führen: Wir haben uns aufgrund unserer gemeinsamen politischen Überzeugungen entschieden, zusammen linke Politik zu machen. Daher sollten wir die notwendigen Diskussionen solidarisch und respektvoll führen.

Die kommunale Verankerung, konzentriert sich unsere parlamentarische Arbeit derzeit auf die Kommunalparlamente, ist für den Landesverband politisch und strukturell von entscheidender Bedeutung und sollte daher langfristig gemeinsam vorbereitet werden. Denn nur so kann es uns in den nächsten zwei Jahren gelingen, die bisherige gute und kontinuierliche Arbeit unserer kommunalen Mandatsträgerinnen/-träger zu flankieren und die Kommunalwahlen 2021 vorzubereiten.

Gerade in unserem Flächenland müssen wir linke Politik im ländlichen Raum stärker unterstützen; auch das ist eine wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre. Ich möchte mich daher weiter dafür einsetzen, den Parteiaufbau weiter voranzutreiben. Mit der Regionalisierung und der Landeskampagne „Pflegenotstand stoppen – ländlichen Raum stärken!“ ist ein Anfang gemacht worden, an den es anzuknüpfen gilt. Dabei geht es um eine enge Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden, um partnerschaftliche und solidarische Verhältnisse innerhalb unseres Landesverbandes, aber vor allem auch um die Wirkung der LINKEN Niedersachsen nach außen. Unsere Arbeit wird umso erfolgreicher sein, je mehr unsere Gesichter, unsere Stimmen, unsere Argumente auch außerhalb von Wahlkämpfen wahrgenommen werden.

Nur, wenn wir unsere Vielfalt als Stärke begreifen, unser politisches Engagement gegenseitig wertschätzen, gemeinsam aus unseren Fehlern lernen und unsere Erfolge nicht klein reden, dann werden wir auch unsere Schlagkraft als Landesverband erhöhen können. Hier möchte ich als Landesvorsitzender meinen Beitrag leisten und bitte Euch weiterhin um Eure Unterstützung und Euer Vertrauen.

Mit sozialistischen Grüßen

Zur Person:

Alter: 41 Jahre
Geburtsort: Güstrow
Beruf: Kaufmann im Groß- & Außenhandel
Familienstand: verheiratet / 1 Tochter
Wohnort: Eime
Kontakt: lars.leopold@gmx.de

Politischer Lebenslauf:

2008:	- Delegierter LPT Oldenburg - Delegierter LVV Osnabrück - Landtagswahl: Direktkandidat Wahlkreis 23 Alfeld
2011:	- Kommunalwahl 2011 : Kandidat für Kreistag und SG-Rat Gronau (Leine)
2012:	- Delegierter LVV Hannover
2013:	- Delegierter LVV Peine Landtagswahl: - Direktkandidat Wahlkreis 23 Alfeld - Landesliste Platz 18 Bundestagswahl: - Direktkandidat Wahlkreis 49 Hildesheim - Landesliste Platz 8
2008 - 2017:	- Mitglied im Vorstand KV Hildesheim
2017:	Landtagswahl: - Landesliste Platz 6 - Direktkandidat Wahlkreis 23 Alfeld
seit 2018:	- Mitglied im Vorstand KV Hildesheim
Seit 2015:	- Mitglied im Landesvorstand
Seit 09/2018:	Landesvorsitzender

Weitere Mitgliedschaften:

- Gewerkschaft ver.di
- Mitglied des Rats SG Leinebergland
- Mitglied des Rats des Flecken Eime
- Mitglied des Kreistags Hildesheim

Ursula Weisser-Roelle

u.weisser-roelle@gmx.de

seit 1972 Mitglied der IG Metall

ehemalige Betriebsratsvorsitzende

Gründungsmitglied der LINKEN 2007

2007-2017 Mitglied im Bundesausschuss

2008-2012 Landtagsabgeordnete

Kreisvorsitzende in Braunschweig

Seit 2017 Mitglied im geschf. Landesvorstand

Bewerbung als stellvertretende Landesvorsitzende

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die vergangene Wahlperiode war geprägt von Wahlkämpfen und der Anstrengung, wieder in den Landtag einzuziehen. Die hat, trotz eines respektablen Ergebnis – leider nicht geklappt. Aber die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahl sollten für uns Motivation und Anspruch sein, optimistisch und mit Elan weiter am Wiedereinzug zu arbeiten.

Die LINKE Niedersachsen muss als echte soziale Opposition wahrgenommen werden, die sich radikal, gemeinsam mit Initiativen, bei der Unterstützung von Arbeitskämpfen oder mit der Teilnahme an Demos, mit der Politik der SPD/CDU Koalition unter Stephan Weil und des neoliberalen „Weiter so“ anlegt.

Damit wir das schaffen, müssen wir uns als Partei und Organisation stetig weiterentwickeln. Die vielen Eintritte in unsere Partei in den letzten Monaten bringen frischen Wind, neue Ideen und Aktionsformen mit. Es muss uns gelingen, die vielen neuen Mitglieder zu integrieren. Linke Politik muss erlebbar sein, aber sie muss auch Spaß machen und somit Lust auf ein aktives Parteileben. Denn der Landesverband braucht die Kritik, Energie und Hoffnung von jedem einzelnen Mitglied

Die nächsten Monate werden durch die im Mai stattfindende Europawahl geprägt sein. Wir werden im Wahlkampf alles dransetzen, in Niedersachsen ein starkes Ergebnis für DIE LINKE einzufahren. Ein Meilenstein auf unseren Weg zurück in den Landtag werden die Kommunalwahlen 2021, mit deren inhaltlichen Vorbereitungen wir rechtzeitig beginnen müssen.

Wir dürfen den Blick aber nicht nur auf die Vorbereitungen der Wahlkämpfe richten. Es geht vielmehr um eine starke LINKE, die in den täglichen Auseinandersetzungen präsent ist, als Stimme der Vernunft, als Motor für Veränderungen wirkt und als Hoffnung auf eine bessere Zukunft anerkannt wird.
Auf dem letzten Parteitag haben wir die Satzung geändert und den Landesvorstand um stellv. Vorsitzende ergänzt. Dies bietet Chancen, unsere Strukturen arbeitsfähiger zu gestalten und die politische Arbeit gemeinsam mit dem gesamten Landesvorstand auf mehr Schultern zu verteilen. Wenn wir dann noch unsere Vielfalt als Stärke begreifen, uns wertschätzen und aus Fehlern und Erfolgen lernen, werden wir als Landesverband erfolgreich sein.
Gerne möchte ich daran mitarbeiten und meine langjährige Erfahrung einbringen und bitte um eure Stimme

Mit solidarischen Grüßen
Ursula Weisser-Roelle

Kandidatur als stellv. Landesvorsitzender

Thorben Peters

Kreisverband DIE LINKE. Lüneburg

„Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muß man die Umstände menschlich bilden."
Karl Marx/Friedrich Engels, „Die heilige Familie", 1845

.

Liebe Genoss_innen,

die Kündigung des INF Vertrags, der Putschversuch in Venezuela, das Unterlaufen der Klimaziele, die Abschottung vor Geflüchteten oder die Verelendung ganzer Landstriche zeigen, die Krise ist tief. Jeden Tag häufen Milliardär_innen 2,5 Milliarden Dollar mehr an, während die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung verliert. Sündenböcke sollen herhalten, um von den Ursachen abzulenken, so wurde letztlich auch die AfD groß gemacht. Die „GroKo" (Bund wie Land) steht für die Fortsetzung und Zuspitzung dieser Übel mit denselben Mitteln. In Niedersachsen will die Regierung Weil/Althusmann die Schuldenbremse beschließen und lieber Banken bedienen, statt Reiche zu besteuern und das Allgemeinwohl zu fördern. Trotz Betrug und Feinstaubtoten, zahlt die Landesregierung Boni an VW-Manager. Gegen Protest soll ein neues Polizeigesetz helfen. Kältetote, marode Schulen und überforderte Pflege sind die Folge dieser Politik und machen diese Krise auch in Nds. deutlich.

Dagegen steht DIE LINKE als sozialistische Partei, für eine solidarische und humane Gesellschaft, für ALLE Menschen. Gemeinsam mit den wachsenden progressiven Bewegungen müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, um die Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern. Hierfür solidarisieren wir uns mit den Lohnabhängigen, den prekär Beschäftigten, den Erwerbslosen sowie den Geflüchteten, gegen die organisierten Profitinteressen der Konzerne. Akteure wie die Gewerkschaften, die Sozial- und Umweltverbände sind hierbei unsere traditionellen Verbündeten. Nur mit progressivem Druck aus der Zivilgesellschaft heraus, ist ein politischer Wandel überhaupt möglich. Dafür müssen wir als Landesverband aktiver Teil der Zivilgesellschaft sein!

Mit dem Protest für Frieden, gegen die Pflegekammer, das NPOG und Rechts sowie unserer Flüchtlingssolidarität, haben wir neue Schlagkraft und Bündnisfähigkeit entwickelt. Projekte wie die Parteizeitung, die Regionalisierung des Landesverbandes, die Marx-Basis-Schulung oder das Europaforum sind gute Schritte für die Weiterentwicklung unserer Partei. Für unsere Ziele müssen wir noch klüger, besser verankert und schlagkräftiger werden. Gemeinsam mit euch möchte ich mehr Menschen auf die Straße bringen und die Voraussetzung dafür schaffen, dem Landtag eine echte Opposition zu geben. Packen wir die Dinge also gemeinsam an, mit der ganzen Kraft unserer Partei. Mit Überzeugung, Biss und Humor möchte ich im nächsten Landesvorstand dafür die Initiative ergreifen.

Zur Person: Ich bin organisiert im Kreisverband Lüneburg, im SDS, sowie bildungspolitisch, antifaschistisch und friedenspolitisch aktiv. Ich bin Mitglied des Geraer Sozialistischer Dialog, der LAG Bildung, dem VVN-BdA und der GEW. Ich bin seit 2013 in der Partei aktiv, seit 2015 im Vorstand des Kreisverbandes DIE LINKE. Lüneburg., seit 2017 Mitglied im Landesvorstand und vertreten den Landesverband seit 2018 im Bundesausschuss.

Mit sozialistischen Grüßen

Thorben Peters

Bericht der Auswahlkommission

Am 13.02. 2019 fand die Vorstellung der folgenden Kandidaten von der vom geschf. Lavo und des Mitgliedes des Landesausschusses gebildeten Auswahlkommission statt:

- Johannes Drücker, KV Hannover
- David Noack, KV Verden
- Christoph Podstawa, KV Lüneburg

Die Kandidaten hatten Zeit und Raum sich vorzustellen und die Fragen der Auswahlkommission zu beantworten.
Anhand des beschlossenen Kriterienkatalogs, der im Ausschreibungstext vom 14.01.2019 aufgeführt ist, spricht die Auswahlkommission sich einstimmig dafür aus, dass alle oben aufgeführten Kandidaten grundsätzlich das Anforderungsprofil erfüllen.

Lars Leopold, Michael Braedt, Rita Krüger, Ursula Weisser-Roelle für den geschäftsführenden Landesvorstand, Christian Roelle, entsandt vom Landesausschuss Präsidium

realistisch & radikal

Kandidatur als Landesgeschäftsführer der Linken Niedersachsen

Johannes Drücker

j.druecker@posteo.de
01577 9302972
Weitere Mitglidschaft:
verdi, linksjugend [‘solid],
DIE LINKE.SDS

Liebe Genossin,
lieber Genosse,

es muss sich vieles ändern – auf der Welt, im Land, in unserer Landespartei!

Während die radikale Rechte von Brasilien bis Braunschweig immer stärker wird, ist DIE LINKE in Strömungskämpfen und einem herbeigeredeten Widerspruch zwischen Klassen- und Identitätspolitik gefangen. Während sich grüne Ökokapitalist*innen als scheinbar weltoffene Alternative zur AfD präsentieren, verliert DIE LINKE in ihrem Kernklientel zunehmend an Boden: Bei Geringverdiener*innen, bei Arbeitslosen, bei an den Rand gedrängten und Arbeiter*innen. Davon profitieren die Rechten und damit muss Schluss sein!

Ich stehe für erneuern und bewahren. Erneuern, was unsere Präsenz in den neuen Medien und aktuelle Themen wie Klimaschutz betrifft. Die Flut der Mails und Rundbriefe eindämmen und dafür mit euch solche Aktionsformen finden, die Aufsehen erregen und an denen die schweigende Mehrheit nicht vorbeikommt. Nur durch die Rückbesinnung auf landespolitische Themen schaffen wir es, eine weitere Landtagswahlniederlage abzuwenden! Bewahren möchte ich unsere große, antifaschistische Geschichte, auf die wir als Partei des demokratischen Sozialismus stolz sein dürfen und müssen!

Ich möchte, dass wir die 90 Prozent Gemeinsamkeiten, die alle Mitglieder der Linken einen, in den Mittelpunkt stellen, damit wir geschlossen und gestärkt an Seite derjenigen kämpfen können, die unsere Solidarität brauchen: Für Geflüchtete, für Arbeitslose, für Prekarisierte.

Ich selber habe klare marxistische Positionen und stehe dem linken Flügel unserer Partei nahe. Als Sportler ist mir aber bewusst, dass wir das, was uns medial als Schwäche zugeschrieben wird, zu unserer Stärke machen müssen: Eine pluralistische Linkspartei, die unterschiedliche Traditionslinien in sich vereint, ist die richtige Lehre aus der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung und die richtige Antwort auf die aktuelle Situation! So treffen wir die Neoliberalen da, wo es wehtut!

Mit den Landesvorsitzenden und dem gesamten Vorstand werde ich vertrauensvoll zusammenarbeiten, Parteibeschlüsse müssen konsequent umgesetzt werden. Um das Verfolgen meiner persönlichen politischen Agenda geht es mir in diesem Amt nicht. Die dazu nötige Kompromissbereitschaft habe ich in meiner Zeit als Kreisvorsitzender in Hannover erlernt.

Konsequente Friedenspolitik, gewerkschaftliche Kämpfe, Feminismus, Antifaschismus und der Kampf für soziale Gleichheit – all das eint uns! Mit diesen Themen müssen wir auch außerhalb des Wahlkampfs präsent sein! Unser großes Ziel kann nur sein, dass im nächsten niedersächsischen Landtag eine starke, rote Opposition sitzt, die der Sozialdemokratie von links einheizt und die Rechten rausschmeißt! Der Kampf darum hat schon begonnen!

Dafür möchte ich, mit eurer Unterstützung und eurem Vertrauen, auf Landesebene das tun, was ich seit Beginn meiner Mitgliedschaft vor gut sechs Jahren bereits tue: Infostände aufbauen, Demos anmelden, Veranstaltungen planen, Plakate aufhängen, solide Gremienarbeit leisten.

Verändern wir die Welt, sie hat es verdient!

Mit sozialistischem Gruß,

Joh. Drücker

Johannes Drücker

DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

David X. Noack

Persönliches

- geb. 1988 in Berlin
- 2010 B.A. der Geschichts- und Politikwissenschaft
- 2013 M.A. der Militärgeschichte und Militärsoziologie
- 2013–2015 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag
- 2016–2019 Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)

Mitgliedschaften

- DIE LINKE. Verden
- ver.di
- Gesprächskreis Frieden der RLS
- Deutsch-polnische Gesellschaft der BRD
- Berliner Freunde der Völker Russlands
- Maćica Serbska

Bewerbung als Landesgeschäftsführer

Liebe Genossinnen und Genossen,

unser Landesverband musste zuletzt einige herbe Niederlagen hinnehmen. Der knappe Nichteinzug in den Landtag hat gezeigt, dass wir trotz des tatkräftigen Engagements von zahlreichen Genossinnen und Genossen im gesamten Landesverband einiges anders und besser machen müssen. In den vergangenen zwei Jahren hatten wir wieder einen Zuwachs von Mitgliedern. Die wollen integriert und in die Entwicklung des Landesverbandes einbezogen werden. Bis zu den nächsten Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen 2021/2022 haben wir nun Zeit, um uns neu aufzustellen.

Im vergangenen Jahr fiel unsere Partei bundesweit vor allem durch viel Streit auf. Anstatt uns spaltende Unterschiede zu betonen, sollten wir zusammenrücken, um an einer gemeinsamen Zukunft für eine starke linke Partei zu arbeiten. Die Zeichen dafür stehen gut: Wir konnten zuletzt viele junge Neumitglieder unter 30 Jahren gewinnen. Auch in Niedersachsen müssen wir gemeinsam dafür kämpfen, dass unsere Programmatik und die Menschen, die wir für unsere Ziele gewinnen wollen, wieder in den Fokus gerückt werden. Die Bewegungen für eine neue Klimapolitik (#FridaysForFuture), die Solidarität mit Geflüchteten und soziale Kämpfe in der Pflegebranche sowie im Einzelhandel zeigen, dass es genug soziale und ökologische Auseinandersetzungen in unserem Bundesland gibt, in die wir uns einbringen sollten. Als Geschäftsführer werde ich entsprechende Beschlüsse des Landesvorstandes im Landesverband umsetzen.

Seit 2007 bin ich Mitglied der Partei DIE LINKE. und beteilige mich seither aktiv an Wahlkämpfen. Von 2007 bis 2010 habe ich die SDS-Gruppe in Greifswald maßgeblich mitaufgebaut und saß im Bundesvorstand unseres Studierendenverbandes. Bei meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter für zwei MdBs lernte ich, politische Analysen prägnant zu formulieren, Webseiten und Social-Media-Kanäle zu betreuen, aussagekräftige Pressemitteilungen zu schreiben, Veranstaltungen zu organisieren und in verschiedenen Gremien der Linken solidarisch zu streiten.

Als Landesgeschäftsführer möchte ich dafür arbeiten, dass DIE LINKE. Niedersachsen die großen aktuellen Herausforderungen erfolgreich meistert und den Weg zu einer aktiven und kampagnenfähigen Mitgliederpartei findet.

Ich bitte um eure Unterstützung und verbleibe mit solidarischen Grüßen,

David X. Noack

davidxavernoack@posteo.de | davidnoack.net

Betreff: Meine Bewerbung als Landesgeschäftsführer

Liebe Genoss*innen,

wir leben in wahnsinnigen Zeiten: Armut breitet sich aus, für Profite zerstören Konzerne unseren Planeten, Kriege eskalieren, ein Überwachungsstaat wird aufgebaut. Der Ruf nach Antworten außerhalb neoliberaler Logik werden aber immer lauter und hörbarer. Das ist unsere Chance!
Wir sind die einzige Partei, die sich mit den Mächtigen anlegt. Unsere Botschaft: Wer eine bessere Welt möchte, muss kämpfen und DIE LINKE. wählen. Ich kämpfe seit meiner Jugend in verschiedenen linken Bewegungen. Als Kreistagsabgeordneter und Ratsherr greife ich Themen vor Ort auf, stelle sie in größere Zusammenhänge und mache wirksame Politik. Ich bin pragmatischer Bewegungslinker.
Folgende strategische Schwerpunkte möchte ich als Landesgeschäftsführer verfolgen:

1. Basis stärken und landespolitisches Profil schärfen

Mit euch möchte ich unsere Partei tiefer in der Gesellschaft verankern. Insbesondere bei landespolitische Themen wie Bildung, Pflege, Mieten, Nahverkehr usw. müssen wir in die Offensive kommen. Ich möchte Themen ländlicher Ortsverbände stärker in unsere Positionen integrieren und diese im Landesverband breiter diskutieren. Um eine Stärkung des ländlichen Raumes voranzutreiben, will ich neben der organisatorischen Arbeit in der Landesgeschäftsstelle **ein „mobiler Geschäftsführer" sein: Ich möchte vor Ort präsent und in Kontakt mit den Kreisvorständen sein, sie bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit unterstützen und Regionalversammlungen organisieren – mit dem Ziel: gestärkt aus der Kommunalwahl 2021 hervorzugehen.**

2. Kommunalwahlen 2021 rocken, heißt den Einzug in den Landtag vorbereiten

Wahlkämpfe bieten Chancen. Mit einem gut organisierten und inhaltlich versierten Kommunalwahlkampf 2021 legen wir den Grundstein für den Einzug in den Landtag. Die Opposition im Landtag ist ein müder Begleitschutz der Landesregierung. Den wachsenden Unmut auf der Straße müssen wir als Sprachrohr linker Bewegungen in die Parlamente tragen. Auf geht´s!

3. DIE LINKE. – die Partei der Bewegung

Ich werde die **Zusammenarbeit mit antifaschistischen, antimilitaristischen, ökologischen und feministischen Bewegungen** stärken. Lasst uns ALLE gesellschaftlichen Kämpfe gegen Ausbeutung, Umweltzerstörung, Rassismus und Sexismus zur Systemfrage vereinen! Mit offensiven Positionen erobern wir die öffentlichen Diskurse. Eins muss klar werden: DIE LINKE. macht Hoffnung!

Euer,

Christopher Podkowa

Kurzvita

Zur Person:
1982 in Polen geboren.
Sozial-Pädagoge.

Berufliches:
Aktuell:
Erzieher im Kindergarten.

06.2014 – 12.2017:
Projektleitung,
Uni Lüneburg.

12.2012 – 01.2014:
Menschenrechts-
begleitung in Guatemala.

08.2010 – 11.2012:
Bildungskoordinator,
Hansestadt Lübeck.

04.2009 – 06.2010:
Sozialpädagoge in
Lübeck.

Politisches Engagement:
Kreistagsabgeordneter,
Ratsherr, Kletteraktivist
und Vorstand bei
Robin Wood.

Bewerbung zum Mitglied des Landesvorstandes als Landesschatzmeister

9ei dem Landesparteitag DIE LINKE. NIEDERSACHSEN im März 2019

10.10.2010 beim „Krach schlagen statt Kohldampf schieben“ in Oldenburg

Hans-Georg Hartwig, Kreisverband Braunschweig

Persönliches:
Geboren 1953 in Braunschweig als Sohn einer Alleinerziehenden mit vier Kindern.
Volksschulabschluss, anschließend 1969 Facharbeiterausbildung bei Siemens Braunschweig zum Elektromechaniker. Bis 1981 bei Siemens Braunschweig als Facharbeiter tätig. Anschließend berufliche Tätigkeit im Bürogeräteservice als Techniker. Nach anschließender 6-monatiger Arbeitslosigkeit, zwei-jährige Ausbildung zum staatlich anerkannten „CNC-Anlagentechniker“. Danach ab 1986 Tätigkeit als Software-Entwickler bei einem hannoverschen Zulieferbetrieb für den Maschinenbau. Nach dessen feindlicher Übernahme und Abwicklung im Jahre 2002, war auch ich entlassen und mit nun über 50 Jahren „schwer vermittelbar“. In den letzten zehn Jahren Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Braunschweig. Ab 1/2019 Rentner.

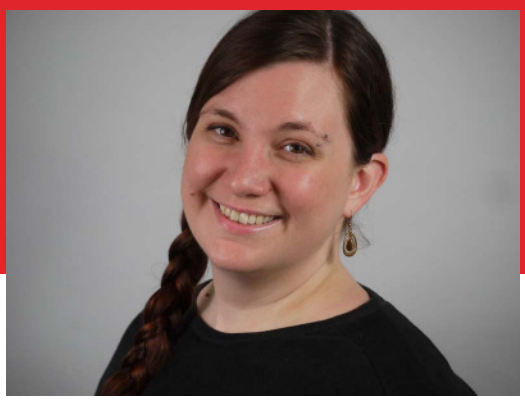
Bisherige politische Aktivitäten
Gewerkschaftlich: Mit Beginn der Berufsausbildung Eintritt in die IG Metall. Aktiv in der örtlichen Gewerkschaftsjugend und als Jugendvertreter, später gewerkschaftlicher Vertrauensmann. In den 90er Jahren Betriebsrat, Betriebsratsvorsitzender in einem hannoverschen Maschinenbaubetrieb mit 250 Beschäftigten, Mitglied der IGM Delegiertenkonferenz Hannover, aktiv in der örtlichen gew. Bildungsarbeit.
Parteipolitisch: Nach der Auflösung fast aller gewerkschaftlichen Jugendgremien (1973) durch die damals stark SPD dominierten DGB-Gewerkschaften in Niedersachsen Mitbegründer der Braunschweiger Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW), ab 1980 des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK).
1994 Eintritt in die PDS. Ab 1996 Mitglied des Landesvorstandes in verschiedenen geschäftsführenden Funktionen. Mitglied im ersten Landesvorstand DIE LINKE.Niedersachsen, Mitglied des Kreisvorstandes BS. Mitglied der Zusammenschlüsse: „AG Betrieb & Gewerkschaft“ + Geraer Sozialistischer Dialog“.
Kommunalpolitisch: In den 80er Jahren Mitbegründer der „LINKEN LISTE Braunschweig“, 1991 bis 1996 deren Mitglied im Rat der Stadt Braunschweig. 2002 bis 2006 Stadtbezirksrat für die PDS in Braunschweig
Bündnisarbeit: Seit dem Jugoslawienkrieg Mitorganisator eines Bündnisses gegen den Krieg (heute „Braunschweiger Bündnis für den Frieden“). Mitorganisator der damaligen „Montagsdemonstrationen – Weg mit Hartz IV“. Mitwirkend im „Bündnis gegen Rechts“, bei Anti-TTIP-Aktionen, NoNPOG u.a.m.

Zu meiner Bewerbung als Landesschatzmeister
Ich war in den letzten beiden Wahlperioden der PDS Niedersachsen deren Stellv. Landesschatzmeister bzw. Landesschatzmeister und wirkte seinerzeit u.a. mit bei der Formulierung unserer Landesfinanzordnung.
Als Mitglied des Landesvorstandes wandte ich mich im Jahre 2013 (nach dem Verlust unserer Landtags-fraktion!) dagegen, ein neues unbefristetes Arbeitsverhältnis in der Landesgeschäftsstelle einzurichten und schlug dem Landesausschuss einen alternativen Landeshaushalt vor. Fand hierfür allerdings keine Mehrheit.
Im Jahre 2014 sprach ich auf dem Landesparteitag energisch gegen den Antrag, den Beitragsanteil der Kreisverbände durch Streichung des Ausgleichsfonds zwischen den Kreisverbänden um 15% zu senken, und schlug erneut einen alternativen Landeshaushalt vor, welcher die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kreisverbände erhält. Da der Landesparteitag den Ausgleichsfond nicht strich, fanden sich Eckpunkte meines Haushaltsentwurfes auch im beschlossenen Haushalt 2014 wieder.
Nach meiner Wahl zum Landesschatzmeister konnte ich meine vorherigen Aussagen mit einem Vorschlag zum Nachtragshaushalt 2015 bestätigen. Die Finanzmittel für politische Tätigkeit konnten sogar spürbar verbessert werden (LAGs, „Das muss drin sein“, Politische Bildung, Zuwendung an solid, uam.).
Diese politische Tendenz konnte in den Haushalten 2016-2018 fortgesetzt werden. Haushaltsreste des Vorjahres wurden jeweils als Wahlkampfrücklagen eingesetzt. Im Jahr 2019 kann die lange angestrebte hauptamtliche Landesgeschäftsführung realisiert werden, ohne ansonsten die finanzpolitische Handlungsfähigkeit von LV und KVs einzuschränken. Dies war auch möglich durch die verbesserte Finanzausstattung der Kreisverbände u.a. durch vermehrte Kommunalmandate.
Ich denke, dies war eine solide finanzpolitische Arbeit.
Entscheidend hierfür war unsere positive Mitglieder- und Beitragsentwicklung, ein Erfolg der gesamten Landespartei!

Mit der Bitte um euer Vertrauen ***Hans-Georg Hartwig***

Anne Zimmermann | Bewerbung als stellvertretende Landesschatzmeisterin.

Geboren am 7.Oktober 1982 | Veheiratet, eine Tochter |
Studentin der Mathematik und Germanistik
Partei: 2005 Eintritt | 2017 bis 2018 Mitgliederbeauftragte und seit 2018 Kreisvorsitzende im KV WOB
Weitere Mitgliedschaften: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft | IGM-Gewerkschaftschor Gegenwind



Liebe Genossinnen und Genossen,

meine Bewerbung als stellvertretende Landesschatzmeisterin geht mit dem Wunsch einher, im Landesvorstand tätig zu sein.

LINKS muss in Niedersachsen noch mehr wirken! In drei Jahren ist die nächste Landtagswahl, zu der wir natürlich wieder in den Landtag einziehen müssen. Und auch dieses Jahr steht uns mit der Europawahl eine wichtige Wahl kurz bevor. Im Wahlkampf möchte ich unsere besondere Haltung gegenüber der EU und Europa deutlich machen. Europa ja - EU nein! Doch Europa geht nur solidarisch, das müssen wir vordergründig kommunizieren. Wir sind die einzige Partei, die die Interessen der Bevölkerung vor die Profitinteressen der Unternehmen stellt. Das sollte den Wählern vermittelt werden. Und dass die Rechten aus der „blauen“ Partei einzig Politik für Reiche und nicht für das Volk machen. Natürlich sehe ich auch den Kampf gegen Armut und unsere konsequente Friedenspolitik im Fokus unseres Wahlkampfes.

Hinsichtlich der nächsten Landtagswahl dürfen wir als Landespartei Niedersachsen nicht harmlos und langweilig sein. Wir sollten uns angriffslustig und kompetent präsentieren. Ich bin dabei immer für frische, freche und kreative Konzepte zu haben. Aktuell sind wir als Landespartei aktiv an den Protesten gegen die Verkammerung der Pflege beteiligt. Hier haben wir uns über die politische Aktion als gute Ansprechpartnerin bewährt. Zukünftig müssen wir darauf achten, uns immer wieder klar politisch zu positionieren, wenn wir uns ernsthaft einmischen wollen. Dabei kämpferisch rüberzukommen, das ist mein Ziel. Am Beispiel Pflege kann man sehen, wie LINKS wirkt.
Ich persönlich bin natürlich Antifaschistin. Als angehende Lehrkraft ist mir zusätzlich die Bildungspolitik ein besonderes Anliegen. Zudem alle sozialpolitischen Themen.

Für all diese Aufgaben kann ich mich insbesondere mit Organisationstalent und zielgerichteter Arbeit im Team einbringen. Für die Position der stellvertretenden Landesschatzmeisterin bewerbe ich mich einerseits, weil mir aus meiner früheren Jugendverbandsarbeit bekannt ist, wie wichtig der politisch zielorientierte Einsatz der Finanzmittel ist, die uns unsere Mitglieder mit ihrem Beitrag anvertrauen und andererseits scheue ich mich nicht Fragen zu stellen, bin lernwillig und arbeite gerne im Team.

In diesem Sinne will ich daran mitarbeiten, die Finanzen der Landespartei sinnvoll und politisch zu führen. Denn die Haushaltsführung ist ein wichtiger Bestandteil der Landesgeschäftsführung. Die Eigenständigkeit der kleineren Kreisverbände bzw. deren Schatzmeister*innen, die teilweise ihre Buchhaltung an die Landesgeschäftsstelle abgegeben haben, ist mir außerdem wichtig. Dafür möchte ich Unterstützung geben. Denn ohne den kleinsten Kreisverband, der nicht politisch und finanziell voll handlungsfähig ist, sind wir insgesamt als Landesverband geschwächt. Ich hoffe zudem, für die Finanzen des Landesverbandes gemeinsam langfristige Konzepte erstellen und umsetzen zu können.

Ich habe mich bezüglich meiner Bewerbung mit Hans-Georg Hartwig abgestimmt. Ich möchte vertrauensvoll mit ihm zusammenarbeiten und die Herausforderungen, die dieses Amt mit sich bringt, in Angriff nehmen. Dafür bitte ich um eure Unterstützung.

Mit sozialistischem Gruß.
Anne Zimmermann

Kandidatur für den Landesvorstand

Agnes Hasenjäger

68 Jahre, 1 Sohn, 3 Enkelkinder
Ausbildung als Lehrerin (Geschichte, Erdkunde),
Verwaltungsangestellte in der Medizinischen Hochschule Hannover, jetzt Rentnerin

Seit 1996 Mitglied der PDS, 1997 - 2013 Kreisvorsitzende oder KV-Mitglied in der PDS und dann der LINKEN in Hannover. 2001-2008 und wieder ab 2017 im Landesvorstand

Mitgliedschaften: verdi, Friedensbüro Hannover e.V., VVN/BdA, SoVD, DGB-Chor Hannover, Freundeskreis Radio Flora

Ich bin seit 1990 davon ausgegangen, dass das Kapital ein mächtiger Gegner ist, der jetzt ungebremst seine Macht durchsetzt und damit das Leben auf dieser Erde gefährdet. Dieser Gegner erfordert eine mächtige Gegenwehr. Die Gegenkräfte sind zersplittert. In dieser Lage ist es aber trotzdem erforderlich Widerstand zu leisten, auch wenn noch vieles ausdiskutiert werden muss. Der richtige Weg findet sich in der praktischen Auseinandersetzung – gemeinsam mit vielen verschiedenen Kräften, die erst im Kampf ihren Gegner kennen und analysieren lernen. Die sich dabei zusammenraufen, sich untereinander erst kennen und vertrauen lernen müssen.

Meine politische Aktivität hat sich aus diesem Grund nie auf die LINKE beschränkt, sondern ich habe in vielerlei Weise mit anderen zusammengearbeitet, in der Gewerkschaft, mit attac, in lokalen Bündnissen. Das hat seinen Grund darin, dass ich überzeugt bin, dass das Ziel einer anderen Gesellschaft – das ich anstrebe - nicht von einer Partei alleine, vor allem nicht allein durch parlamentarische Arbeit erreichbar ist. Wir müssen die Menschen dazu befähigen, selbst und gemeinsam für ihre Rechte einzutreten, unsere Aufgabe als Partei ist dabei eine dienende. Diese langjährigen Erfahrungen möchte ich in die Arbeit des Landesvorstandes einbringen, auch bei der Unterstützung kleinerer Kreisverbände.

Nach meiner Verrentung habe ich mich auf die Mitarbeit in der Friedensbewegung konzentriert, derzeit bin ich mit der Vorbereitung des hannoverschen Ostermarsches beschäftigt. Durch diese Aktivitäten habe ich viele Verbindungen und viele Informationen aus diesem für die LINKE sehr wichtigen Politik-Bereich. Vor allem diese möchte ich weitergeben, deshalb strebe ich die Gründung einer LAG Frieden und Internationale Politik an. Als „gelernte Lehrerin“ stehe ich auch gern für politische Bildungsarbeit zur Verfügung, die aber vor allem „allgemeinverständlich“ sein muss.

Agnes Hasenjäger

Ann-Christin Huber

Bewerbung für den erweiterten Landesvorstand

„Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat!“

-Rosa Luxemburg-

Arbeitsschwerpunkte:

- Rechtspolitik
- Wirtschaftspolitik
- Feminismus, Queer
- Aufbau und Struktur Arbeit an der Basis

Zu meiner Person:

- 1991 geboren in Oldenburg (OLDB)
- Abgeschlossene Berufsausbildung zur Wirtschaftsassistentin für Fremdsprachen und Korrespondenz
- Studium der Rechtswissenschaften in Osnabrück
- Seit August 2018 Landessprecherin linksjugend ['solid] Niedersachsen und Basisgruppenbetreuerin
- Mitglied bei DIE LINKE. SDS, Verdi.Jugend, Verdi, GEW

Liebe Genoss*innen,

die Zeit ist reif zur Positionierung der Linken in Niedersachsen für die kommenden und wichtigen Landtagswahlen. Ich bin bereit beim Aufbau der wachsenden Strukturen tatkräftig mitzuwirken und dafür bin ich in der Lage solidarisch und kämpferisch mit den Genoss*innen im Landesvorstand für eine erfolgreiche LINKE zu streiten. Darüber hinaus möchte ich Teil einer aufstrebenden Bewegung sein, die die Emanzipation der Gesellschaft weiter voran treibt und diese wieder an ihr Klassenbewusstsein führt. Solange die Befreiung der Gesellschaft nicht erreicht ist, können wir uns als LINKE nicht zufrieden geben. Dazu kann ich mit meiner juristischen Ausbildung und meinem Kampf für Gleichberechtigung und Frauen*rechte beitragen. Rechtspolitisches Fachwissen hilft uns zum Beispiel bei der Bewertung von neuen Polizeigesetzen oder der Aushöhlung des Asylrechts. Und in Anbetracht der massiven Angriffe der politischen Rechten auf Errungenschaften der Frauen*bewegung ist der Feminismus wichtiger denn je.

DIE LINKE. muss ihre Inhalte besser übermitteln!
Unsere Inhalte sind selbstverständlich exzellent. Jedoch können wir diese nur mäßig vermitteln. Es besteht Handlungsbedarf bei der Digitalisierung und sozialen Medien. Ein spontaner Live-Stream während der LaVo Sitzung bei einem interessanten Thema ist nicht nur unterhaltend, sondern sorgt auch für die gewünschte Transparenz an der Basis! Wünsche, Anregungen und Kritik an somit direkt geübt werden! Das ist Basisdemokratie in ihrer vollen Auslebung!

DIE LINKE. muss sich vernetzen!
Ich stehe für mehr Vernetzung zwischen den Jugendorganisationen DIE LINKE.SDS und der linksjugend ['solid] und der Landespartei DIE LINKE. Im Landessprecher*innenrat (LSP*R) der linksjugend ['solid] Niedersachsen agierte ich als Bindeglied zum SDS in Niedersachsen. Die Einbeziehung und Kontaktpflege befreundeter Strukturen zeigte sich als progressiv und effektiv.

Für eine solidarische Debattenkultur!
Ein Bewusstsein für einen solidarischen Umgang miteinander zu schaffen und trotzdem eine harte inhaltliche Auseinandersetzung in den politischen Fragen, ist kein Widerspruch in sich! Ich werbe für ein verständnisvolles und herzliches Klima innerhalb der Gremien und Partei, denn nur so sind wir authentisch gegenüber den Wählenden.

Mir eurer Unterstützung und Vertrauen würde ich gerne etwas bewegen und die Zukunft mit Euch radikal, sozialistisch und feministisch gestalten!

Eure Anni

Viktoria Kretschmer
Dipl.-Phil., Dipl.-Ing. (FH)
viktoriakretschmer@gmail.com
08.02.2019

Bewerbung für den erweiterten Landesvorstand

Liebe Genossinnen und Genossen,

im erweiterten Landesvorstand möchte ich weiter verlässlich und nachhaltig für eine inklusive Politik für Menschen mit Behinderungen kämpfen und unsere Kreisverbände bei ihrer politischen Arbeit unterstützen.

Aufgewachsen bin ich in Sibirien. Dort habe ich ein Lehrerstudium abgeschlossen und an einer Förderschule unterrichtet. Ende 1998 bin ich mit meiner Familie nach Deutschland gekommen. Da mein Erst-Studium hier nicht anerkannt wird, habe ich in Nienburg noch Architektur studiert. Ein Schwerpunkt war barrierefreies Bauen. Hierüber kam ich zur Behindertenpolitik.

Mit der Umsetzung der UN—Konvention zur gleichberechtigten Teilhabe in der Gesellschaft hapert es auch in Niedersachsen. Als langjähriger Sprecherin unserer LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik liegt mir eine inklusive Partei als Motor für eine inklusive Gesellschaft besonders am Herzen. Hierfür setze ich mich seit über 12 Jahren kommunalpolitisch auch im Nienburger Stadtrat sowie seit über 7 Jahren in der Kreistagsarbeit ein. Vor Ort arbeite ich aktiv mit Gewerkschaften und Friedensinitiativen, im Runden Tisch gegen Rechtsextremismus und rechte Gewalt, gegen Energiesperren, mit Attac und AntiAtom-Initiativen und gegen Fracking.

Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder. In Nienburg unterrichte ich zugewanderte Erwachsene in Integrationskursen.

Mit Eurer Stimme werde ich gern weiter zuverlässig und solidarisch im erweiterten Landesvorstand arbeiten. Hier würde ich mich wie bisher für eine inklusive Politik einsetzen und die LAGs und umliegende Kreisverbände weiter in ihrer Arbeit stärken.

Herzlichem Dank im Voraus für Euer Vertrauen!

Mit roten Grüßen

Eure Viktoria

Bewerbung für den erweiterten Landesvorstand:

Hildesheim, 12.2.2019

Rita Krüger – Projekte/Aufgaben/Aktivitäten:

- Ortsratsmitglied Stadtmitte/Neustadt Hildesheim
- Patientenfürsprecherin Ameos-Klinik Hildesheim
- Pflege am Boden Hildesheim, Pflegestammtisch
- Radio Tonkuhle, Regionalsender Hildesheim
- Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand
- Mitglied im Kreisvorstand Hildesheim
- Rosa-Luxemburg-Club Hildesheim
- Roter Freitag,
- DIE LINKE HILFT
- Vorbereitung der Vernetzung für eine erste Friedensdemonstration
- Hildesheim will Rad fahren, Initiative Neustadt

Wahlkampfhütte in Hildesheim

Viele von Euch kennen mich bereits.
Mein Schwerpunktthema derzeit ist die Pflege.
Gerne würde ich meine Arbeit im Landesvorstand weiterführen. Ich arbeite als Psychotherapeutin in einer Kinder-und Jugendpsychiatrischen Praxis, habe mehr als 30 Jahre in einer psychiatrischen Klinik gearbeitet, den Stress und Frust meiner Kolleg*innen im Pflegebreich miterlebt, gleichzeitig aber auch den Spaß, und den überzeugenden Einsatz.

Pflegeprofis sind keine Superheld*innen, (Pia) sondern gut ausgebildete Fachkräfte. Ihr Lohn ist weder ein warmer Händedruck, ein Danke, noch ein Pfund Kaffee. Wertschätzung sollte selbstverständlich sein. Miete, Lebensmittel, und alles was wir für ein gutes Leben brauchen muss finanziert werden.

Pflegekräfte verdienen deutlich mehr Lohn als sie derzeit bekommen, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Zeit für die Menschen, die sie pflegen oder betreuen „Mehr von uns ist besser für alle“. Die Zeit der „stillen Helden*innen“, ist vorbei. „Die Pflege steht auf“ und ich werde dabei sein.

Bewerbung für den Landesvorstand – Behiye Uca, Celle

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bewerbe mich erneut um einen Sitz im Landesvorstand der Partei. Ich denke, ihr kennt mich – aber ich will euch trotzdem kurz einen Überblick über meinen biografischen Hintergrund und meine politische Motivation geben.

Ich bin seit der Kommunalwahl 2011 in Celle im Kreistag, Stadtrat und in einem Ortsrat für unsere Partei tätig. Im Ortsrat bin ich der Kommunalwahl 2016 stellvertretende Ortsbürgermeisterin.

Im Stadtrat bilde ich mit einem Ratsmitglied der Fraktion "Bündnis soziale Gerechtigkeit / BSG" eine Fraktion. Unsere Schwerpunktthemen sind:

Chancengleichkeit – da geht es z.B. gerade darum, dass die IGS eine Oberstufe bekommt, die Schüler*innen also dort auch Abitur machen können;

soziale Gerechtigkeit – mit einem Antrag zum Sozialticket bin ich zwar gescheitert, aber wir hatten das Thema in der Diskussion; jetzt geht es gerade gegen eine neue Mietwerttabelle für Hartz IV-Empfänger*innen mit deutlichen Verschlechterungen;

Klimaschutz – da versuchen wir, eine Stelle für Klimaschutzmanagement durchzusetzen;

Verkehrswende – hier geht es uns um die Verbesserung des Fahrradwegenetzes (z.B. Ampelschaltgungen). Mehr könnt ihr auf der Seite www.linke-bsg.de erfahren.

Vor uns liegt die Wahl zum Europa-Parlament. Die Wahl ist für uns einfach und schwer zugleich. Sie ist einfach, weil die Wählerinnen und Wähler ihr Stimme vergeben, ohne die Hoffnung, dass sich dadurch etwas ändert. Das heißt: Die Wahl kann und wird zum Protest genutzt werden. Die Wahl ist für uns schwer, weil wir es schaffen müssen, mehr als unsere Stammwählerinnen und -wähler zu mobilisieren. Ein wichtiges Moment also wird sein, dass die Menschen auch wissen, eine Stimme für die Linke ist eine Stimme gegen den Ruck nach Rechts. Auch dafür müssen wir meiner Meinung nach werben – und dies vor allem gegen Bündnis '90/Die Grünen. Dafür will ich mich in diesem Jahr im Landesvorstand stark machen.

Im Herbst wird es im Landkreis Celle am Rheinmetall-Standort in Unterlüß wieder ein Friedenscamp und eine Demonstration geben. Ich würde mich gern dort in die Vorbereitung mit einbringen.

Ich bedanke mich für eure Unterstützung in den vergangenen Jahren – gern würde ich meine Arbeit im Landesvorstand fortsetzen.

Behiye Uca, 47 Jahre
Bultstr. 40, 29221 Celle

Behiye-Uca@hotmail.de

geboren in Batman (türkisch Kurdistan), seit meinem zweiten Lebensjahr in Celle;

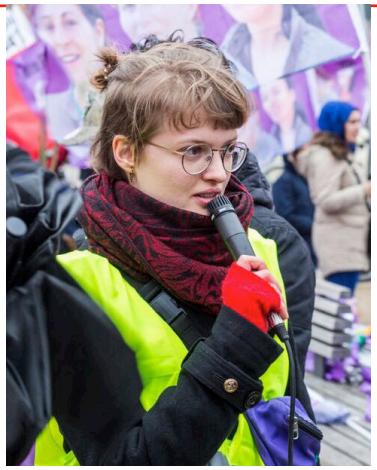
bis zur Geburt meines Sohnes (heute 18 Jahre) Arbeiterin in der Telefunken-Fernsehfabrik, dann tätig als Verkäuferin;

heute leite ich die Feleknas Uca Stiftung e.V., die sich für die Rechte von Frauen und Kindern einsetzt;

ehrenamtlich bin ich tätig in der Flüchtlingshilfe und -beratung sowie als Sprachmittlerin;

seit 2009 bin ich in unserer Partei, seit 2015 Mitglied im Landesvorstand.

Kandidatur von Daphne Weber
für den erweiterten Landesvorstand



seit 2016 aktiv im SDS, seit 2017 im Bundesvorstand

Delegierte der LINKEN im Bündnis gegen das nPOG

Ausbildung
bis 2016 Studium der Literatur, Theaterwissenschaft und Philosophie in München. Bachelorarbeit über Politische Aktionskunst

ab 2016 Master Inszenierung in Hildesheim. Sommer 2019: Masterarbeit zum Verhältnis von Kunst und Wissenschaft geplant

diverse Assistenzen und Praktika am Theater, in Verlagen und im Pressewesen; künstlerische Praxis

Mitglied im SDS, Linksjugend, LINKE, ver.di, Rote Hilfe

Liebe Genoss*innen,
weltweit erheben sich Menschen gegen die kapitalistisch organisierte Ausbeutung. Frauenstreiks legen ganze Länder lahm. Schüler holen sich ihre Zukunft zurück. Arbeiterinnen begehren auf gegen die Politik der Reichen. Migranten und Bewegungen der ‚Dritten Welt' kämpfen gegen ihre Unterdrückung und die Folgen von 500 Jahren Kolonialismus. **Als Partei mit sozialistischem Anspruch ist die LINKE Teil dieser Kämpfe.** Wir blicken über den Tellerrand, weil wir *alle* Verhältnisse umwerfen wollen, in denen der Mensch ein geknechtetes Wesen ist. Die ganz großen Fragen zeigen sich aber auch in den alltäglichen Problemen, die wir alle kennen: Der Bus fährt nicht auf dem Land, das Bafög wird gekürzt, die Rente reicht nicht, Schwarze werden rassistisch diskriminiert, die Überlastung mit Kindern und Beruf treibt uns an den Rand des Burnouts. Gefühle des Zorns und der Ohnmacht wechseln sich ab.
Die LINKE hat die Aufgabe, diese Widerstandspotenziale in der Zivilgesellschaft zu bündeln, ihnen Ausdrucksform zu geben und eine verändernde Praxis vor Ort zu entwickeln. Bekennen wir uns zu dieser Aufgabe, folgt daraus, dass wir die nächsten Jahre offensiver, radikaler und kompromissloser die einzige Alternative aufbauen müssen, die uns bleibt: eine politische Vision, die auf eine andere Gesellschaft verweist. Vor diesem großen Horizont denkend und mit konkreten Projekten eingreifend, möchte ich im kommenden Landesvorstand mitarbeiten.

Die letzten drei Jahre bin ich hauptsächlich im SDS aktiv, zwei Jahre davon als Bundesvorstand. Dort habe ich viele Veranstaltungen und Seminare mitorganisiert. Neben meiner studiumsbedingten Expertise im Bereich Kultur, möchte ich mit den folgenden drei strategischen Projekten kandidieren. Das erste hat einen in die Organisation weisenden Fokus, die beiden anderen konzentrieren sich auf die Vernetzung nach außen in die Bewegungen der Zivilgesellschaft.

1. Dauerbrenner: (Marxistische) Bildungsarbeit stärken
Es ist nicht nur wichtig, dass wir mit Bildungsveranstaltungen an die Öffentlichkeit treten. Genauso fundamental ist die Bildungsarbeit nach innen. Basisaktivist*innen dürfen vor dem Hintergrund der kommenden Wahlen nicht im Regen stehen gelassen werden, sondern sollten geschult in den Wahlkampf gehen.

2. Partei in Bewegung: niedersächsischen Bewegungsratschlag 2020/21 initiieren
Veränderung im Sinne der Vielen ist nur durch die Vielen möglich. Das geht nicht ohne Vernetzung. Die LINKE ist der einzige glaubwürdige parlamentarische Arm, den progressive Bewegungen haben. Durch meine Arbeit im noNPOG-Bündnis habe ich bereits viele Kontakte zu anderen Organisationen geknüpft. Als ersten Meilenstein einer bewegungsorientierten Vernetzung möchte ich einen Bewegungsratschlag organisieren.

3. Zeit für die nächste Eskalationsstufe: Frauen*streik 2020 in Niedersachsen
Seit einigen Jahren politisieren Frauen*kampftags-Bündnisse den 8. März neu. In dieser Bewegung bin ich aktiv und möchte 2020 ein niedersachsenweites Frauen*streik-Bündnis zusammenrufen.

Neben den praktischen Projekten halte ich es für wichtig, den Landesvorstand als Raum für ehrlichen, strategischen Diskurs zu begreifen. Ich bin gremienerfahren und habe schon einige Strategiediskussionen geführt. Dieses Wissen möchte ich gerne auf Landesebene einbringen.

Mit solidarischen Grüßen
Eure Daphne Weber

Bewerbung für den erweiterten Landesvorstand

Liebe Genossinnen und Genossen,

die meisten von Euch kennen mich aus verschiedenen Zusammenhängen. Seit März 2017 habe ich ehrenamtlich, aber in Vollzeit, das Amt des Landesgeschäftsführers wahrgenommen, zu dem Ihr mich auf dem Landesparteitag in Osnabrück im März 2017 gewählt habt. Dies geschah zeitlich unmittelbar im Anschluss an meine fast 30-jährige hauptberufliche Tätigkeit im Niedersächsischen Umweltministerium (Chemikaliensicherheit, europäische Umweltpolitik), die ich wegen des Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze mit ¼-Jahr „Nachspielzeit“ Ende April 2017 beendet habe.

Also keine Ruhepause, sondern unmittelbarer Einstieg als Landesgeschäftsführer zur Koordination von Bundes- und Landtagswahl, Sicherstellen, dass überall die Direktkandidaturen klappten, Programmarbeit, Wahlbüros, Landesparteitage, usw. usw. und dazu die „normale“ Alltagsarbeit in der Landesgeschäftsstelle. Und jetzt die Vorbereitung der Europawahlen. Über zu viel Ruhe kann und konnte ich mich wirklich nicht beschweren.

Die solidarische Arbeit im Team des geschäftsführenden Landesvorstandes und vor allem die sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Landesgeschäftsstelle mit Frauke, Jörg und Thomas haben mir viel Freude gemacht. Wir haben als Landesvorstand einiges erreicht, was Ihr dem Rechenschaftsbericht zu 2 Jahren LaVo-Arbeit entnehmen könnt, der Euch auf dem Landesparteitag im März vorgestellt wird. Darauf können wir als Team stolz sein, auch wenn es immer noch was zu optimieren gibt.

Nach diesen nicht immer stressfreien zwei Jahren – wenn was schiefgeht, hat der Landesgeschäftsführer Schuld, für Erfolge sind immer andere verantwortlich – möchte ich gerne dies Aufgabe in andere – jüngere!! – Hände legen.
Wir wählen jetzt erstmalig eine hauptberufliche Geschäftsführung, was ich voll unterstütze. Gleichwohl wird die Arbeit in unserem Landesvorstand nur effektiver zu schaffen sein, wenn auch der gesamte Landesvorstand dabei aktiv mitwirkt.

Mit fast 68 Jahren orientiere mich an der indianischen Weisheit:
*Wenn Du ein gewisses Alter erreicht hast, solltest du nicht mehr danach streben Häuptling zu werden, sondern als weiser Medizinmann mit deinen Erfahrungen deine Nachfolger*innen aus voller Kraft unterstützen“.*

Ich kandidiere daher für den erweiterten Landesvorstand und möchte in dieser Funktion die Arbeit des Landesvorstandes aktiv unterstützen, insbesondere auch meine/meinen Nachfolger*in in der Landesgeschäftsführung einarbeiten.

Dr. Ing. Michael Braedt, * 28.08.1951
Chemiker und Ingenieur, Langenhagen
1990 – 04/2017 Referent im Niedersächsischen Umweltministerium

Ab 1968 links politisiert durch Student*innenbewegung
In 70-er Jahren Sozialistische Basisgruppe an der TU Clausthal und aktiv in der Anti-AKW – und Antifa-Arbeit
1980 Gründungsmitglied der GRÜNEN
1998 Austritt aus den Grünen wegen Jugoslawienkrieg
1999 Buchautor zum Zusammenhang von Rüstungsaltlasten und Zwangsarbeit
2000 Eintritt in die PDS
2007 Gründungsmitglied der LINKEN
Diverse kommunalpolitische Erfahrungen in Clausthal, Landkreis Goslar und Region Hannover sowie im Linken Kommunalpolitischen Forum Niedersachsen
Mitglied der BAG Kommunalpolitik
2017-2019 Ehrenamtlicher Landesgeschäftsführer

Lebe in glücklichen Beziehungen,
4 Kinder und 5 Enkelkinder

Vom gesamten Landesvorstand – und nicht nur im geschäftsführenden Landesvorstand - erwarte ich eine solidarische Arbeitsteilung, damit wir DIE LINKE. Niedersachsen weiter erfolgreich aufbauen können. Da gibt es noch viel zu tun und ich will meinen Teil dazu beitragen.

Politisch werde ich auch weiterhin „klare Kante“ fahren. Das heißt: Einsatz für einen sozial-ökologischen Umbau dieser Gesellschaft, konsequent gegen Krieg, unteilbar für Geflüchtete und ohne wenn und aber gegen Rechts.

Ich bitte weiterhin um Euer Vertrauen.

Michael

BEWERBUNG FÜR DEN LANDESVORSTAND DIE LINKE. NIEDERSACHSEN MAIK BRÜCKNER

Liebe Genoss*innen,

ich bin Maik Brückner, 26 Jahre alt, geboren in Weener und aufgewachsen im Landkreis Leer. Für das Studium bin ich 2013 nach Hildesheim gezogen und schnell im Hildesheimer Kreisverband sowie in antifaschistischen Bündnissen aktiv geworden.

Nach meinem Realschulabschluss habe ich eine Ausbildung im Betrieb zum Mediengestalter gemacht. Fürs Studium mit dem Schwerpunkt Corporate Design bin ich nach Hildesheim gezogen und studiere dort nun im Master. 2014 habe ich dann zusammen mit Genoss*innen den Sozialistisch Demokratischen Studierendenverband (SDS) Hildesheim gegründet. Eine Basisgruppe, die in den letzten Jahren viele Veranstaltungen, Bildungs- und Vernetzungsarbeit gestemmt hat. Ein Großteil der Studierenden schlängelt sich mit prekären Jobs durch ihr Studium. Die Bolognareformen haben dafür gesorgt, dass Studierende es aufgrund von Leistungsdruck, fehlender finanzieller Sicherheit usw. immer schwerer haben sich politisch zu engagieren. Ein guter Studienabschluss ist lange keine Garantie mehr für einen gut bezahlten Job mit unbefristetem Vertrag. Im Gegenteil: Viele landen in den ersten Jahren nach ihrem Studium in un- oder schlecht bezahlten Praktika um sich anschließend von Befristung zu Befristung zu hangeln.

Seit der letzten Kommunalwahl sitze ich außerdem im Stadtrat. Meine Schwerpunkte im Stadtrat sind Frieden, Wohnungs- und Bildungspolitik. Die kommunalen Mandatsträger*innen sind gerade in Anbetracht der fehlenden Landtagsfraktion ein sehr wichtiger Faktor für die öffentliche Präsenz der Partei. Der nun zu wählende Landesvorstand wird sich mit der Frage beschäftigen müssen, wie wir die Landespartei stärken können um mehr gut ausgebildete Genoss*innen in unsere kommunalen Parlamente schicken zu können. Das hängt eng mit der Frage zusammen, wie wir uns auch im ländlichen Raum besser verankern können. Mehr kommunale Mandate und eine bessere Verankerung könnten uns besseren Rückenwind für die Landtagswahlen ermöglichen. Die Weichen dafür müssen allerdings jetzt gestellt werden.

Eines meiner Kernanliegen ist die Öffentlichkeitsarbeit und die Nutzung sozialer Medien. Wir als Sozialist*innen haben die fortschrittlichsten Positionen - sorgen wir dafür, dass auch unsere Ansprache die fortschrittlichste ist! Wir dürfen den Rechten nicht die Neuen Medien überlassen. Die progressive Handhabe von Medien war schon zu Zeiten der KPD charakteristisch für Sozialist*innen. Auch sie nutzte die neuen verfügbaren Medien um breitere Öffentlichkeit zu schaffen.

In Anbetracht des immer autoritärer werdenden, sich zuspitzenden Kapitalismus muss sich die Linke und DIE LINKE mehr Gedanken machen, wie wir mehr Öffentlichkeit gegen dieses Schweinesystem erzeugen können. Die Partei könnte ihre Ressourcen besser nutzen um hier eine Vorreiter*innenrolle zu spielen.

Machen wir uns nichts vor: Die Verankerung vor Ort sowie eine aktivierende und organisierende Basis sind der Schlüssel für erfolgreiche Politik. Darüber hinaus müssen wir uns aber auch ernsthaft einige strategische Fragen stellen: Was setzen wir dem Kulturkampf von Rechts entgegen? Welche Mittel wollen wir nutzen um Menschen zu aktivieren?
Mit meinen Erfahrungen aus kommunaler Mandatstätigkeit, Basisaktivität in Partei und SDS, außerparlamentarischen Bündnissen sowie Ausbildung und Studium bin ich mir sicher, mich gut im Landesvorstand einbringen zu können und würde mich daher über eure Stimme freuen.

Mit sozialistischen Grüßen

Maik Brückner

Bewerbung als Beisitzer im Landesvorstand

Zu meiner Person:
Mein Name ist Benjamin Koch-Böhnke, ich bin Jahrgang 1978, lebe in der Stadt Buxtehude, bin verheiratet und von Beruf Fachkraft für Lagerwirtschaft. Seit 2017 leite ich das Regionalbüro Nord II der Bundestagsfraktion.

Politisches:
Ich bin Kreisvorsitzender im Kreisverband Stade und vertrete unsere Partei seit 2006 im Stader Kreistag und seit 2016 im Rat der Hansestadt Buxtehude - seit 2016 beides als Fraktionsvorsitzender.

Bisherige Aufgabenbereiche:
Als Kreisvorsitzender und Kommunalpolitiker gehören Organisation und kommunalpolitische Themen zu meinen Hauptaufgabenbereichen. Allerdings fließen immer auch übergeordnete Themen aus der Landes- und Bundespolitik in den Bereich der Kommunalpolitik mit ein, z. B. Inneres und Recht sowie Sozial- und Bildungspolitik. Diese Politikfelder besser miteinander zu verknüpfen und das strukturelle Zusammenspiel von Kommunal-, Landes- und Bundespolitik zu stärken, sehe ich auch als Schwerpunkte meines Aufgabenbereiches als Mitarbeiter im Regionalbüro der Bundestagsfraktion.

Mitarbeit im Landesvorstand:
Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen ist eine bessere strukturelle Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Kreisverbänden extrem wichtig. Als Beisitzer im Landesvorstand möchte ich diese Zusammenarbeit fördern und mich für eine bessere Vernetzung zwischen Landesverband und Kreisverbänden einsetzen. Dies ist eine Aufgabe, die mir besonders am Herzen liegt. Ich möchte als Beisitzer im Landesvorstand auch die Strukturen der Landespartei weiter ausbauen und mit unseren kommunalen Mandatsträgern landespolitische Themen, die auch die Kommunen betreffen, bündeln und auf diese Weise eine starke Landespartei mitgestalten. Durch eine Verbesserung der Strukturen will ich auch erreichen, dass unsere Partei ab 2022 wieder im Niedersächsischen Landtag für ein soziales, ökologisches und friedliches Niedersachsen kämpfen kann. Auch dort ist eine starke Stimme der LINKEN unverzichtbar.

Unsere Partei ist geprägt von der Unterschiedlichkeit unserer Mitglieder. Zwar bringen diese Unterschiede auch Reibereien mit sich, aber wo Reibung ist, ist auch Energie. Lasst uns diese Energie und unsere Vielfalt nutzen, um die Niedersächsische LINKE stärker als zuvor werden zu lassen. Und lasst uns einen Landesvorstand bilden, der diese Stärke und Vielfalt widerspiegelt!

Sozial geht nur mit uns!

Euer
Benjamin

STEPHAN MARQUARDT

BEWERBUNG ALS MITGLIED DES LANDESVORSTANDES

Hameln, den 12.02.2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

unser Landesverband ist dadurch bekannt geworden, dass wir oft uneinig sind. Dies hindert uns immer wieder daran, dass wir unser Potential bei den Wählerinnen und Wählern voll ausschöpfen können. Die sehr gute kommunalpolitische Arbeit unserer Kreisverbände, von der unser Landesverband getragen wird, wird dadurch überschattet, dass wir uns zu viel mit uns selbst beschäftigen. Die Aufgabe des Landesvorstandes muss es sein, die Kreisverbände inhaltlich zu unterstützen und sich so zu organisieren, dass diese alles nötige zur Verfügung gestellt bekommen, um sich in der Öffentlichkeit so zu präsentieren wie sie sind – eine echte soziale und ökologische Alternative!

Seit 2016 bin ich bereits Mitglied des Landesvorstandes und konnte seitdem verschiedene Projekte unterstützen: Zum einen bin ich einer der beiden Wahlkampfkoordinator*innen der Wahl- und Kulturkommission und war zusammen mit dem starken Kommissionsteam verantwortlich für die Organisation und erfolgreiche Durchführung unseres Europaforums. Außerdem setze ich mich für die Vernetzung unserer Region, auch über meinen Kreisverband hinaus, ein und bin natürlich auch auf der Straße aktiv. In der Partei bin ich zudem in die Sprecher*innenkreise der LAG *Betrieb und Gewerkschaft* sowie *Niedersachsen Digital* gewählt worden.

Inhaltlich beschäftige ich mich vor allem mit den Themen Gewerkschaft, Digitalisierung und hier besonders „Arbeit 4.0“. Diesen Themen möchte ich eine starke linke Orientierung in unserem Landesverband geben.

Stephan Marquardt

Geboren:	18. November 1984 in Bremen Beruf: Gewerkschaftssekretär
2013	Mitglied Die Linke. KV Hameln-Pyrmont
2014-2017	Kreisschatzmeister im KV Hameln-Pyrmont
Seit 2016	Mitglied des LaVo Niedersachsen
Seit 2017	Kreisvorsitzender des KV Hameln-Pyrmont

Bewerbung als Mitglied des Landesvorstandes

Liebe Genoss*innen,

nachdem ich vier Jahre Mitglied der LINKEN bin und seit gut zwei Jahren Mitglied des Stadtrats Göttingen, möchte ich meine Erfahrungen für den Kreisverband Göttingen/Osterode und für unseren Landesverband in den Landesvorstand einbringen. Ich habe das Votum meines Kreisverbandes.

Gerade bei der Arbeit im Kommunalparlament, auf der Suche nach geeigneten Instrumenten, um z.B. die Situation auf dem Wohnungsmarkt in den Griff zu bekommen, fällt uns immer wieder das Fehlen einer Linksfraktion im Landtag auf die Füße. Aber gerade das sind ja Anlässe, die unsere kommunalen Vertretungen in ihrer Pressearbeit nutzen können, um einerseits die anderen Parteien im Landtag unter Druck zu setzen, andererseits deutlich zu machen, warum DIE LINKE dort nicht länger fehlen darf.

Um unser Programm den Menschen zu vermitteln und so auch durchzusetzen, brauchen wir die richtige Synthese aus einerseits unseren klaren Forderungen zur Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, aber auch der sachgerechten Detailarbeit mit den Mitteln, die uns jetzt schon zur Verfügung stehen. Auf diese Weise möchte ich meine Erfahrungen auch aus der Kommunalpolitik in das Alltagsgeschäft unseres Landesverbandes einbringen.

Ich hoffe auf dem Landesparteitag auf Eure Unterstützung.

Euer Edgar

Zu meiner Person:

Edgar Schu, geboren 1969

Diplom-Chemiker und seit 2004 ausschließlich politisch aktiv.

1995 bis 2000 Engagement in der Anti-Atom-Bewegung in Göttingen

1999 bis 2004 in der antifaschistischen Bewegung.

Seit 2005 Koordinierung des bundesweiten Aktionsbündnisses Sozialproteste

Seit 2014 Mitglied der LINKEN

Seit 2016 Mitglied der Ratsfraktion Göttinger Linke

Für Rückfragen bin ich gerne ansprechbar:
@ edgar.schu@goettinger-linke.de - Tel. 0551 20 190 386

Stark durch Solidarität

Haimo Stiemer

Bewerbung für den Landesvorstand

KV OLDENBURG/ AMMERLAND

KONTAKT
h.stiemer@die-linke-oldenburg.de

PERSÖNLICHES
1981 geboren
Literaturwissenschaftler (Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Carl von Ossietzky Universität)

POLITISCHES
Linkssozialist/Marxist in PDS/ LINKE seit 20 Jahren
Gewerkschaft: bis 2017 IG-Metall, danach ver.di
frühere Ämter in der Partei: Mitglied im Bezirksvorstand Pankow (Berlin), Landes- und Bundessprecher für 'solid - die sozialistische Jugend; Mitglied im Kreisvorstand der Oldenburg/Ammerland

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf dem Papier sind wir oft stark. Aber die LINKE muss auch im Alltag der Menschen stark sein, auf der Straße, vor dem Werktor, dem Jobcenter oder auf dem Marktplatz. Wir können als LINKE den Kapitalismus sehr gut und zu Recht in Grund und Boden schreiben. Aber wir schaffen es leider zu selten, auch die Herzen der Menschen zu erreichen, unsere politischen Überzeugungen in ihren Alltag zu übersetzen und sie für unser Projekt der Solidarität zu begeistern. Was wir aus meiner Sicht brauchen ist eine **klare Sprache, die Zuspitzung von links und vor allem einen Antikapitalismus, der alltagstauglich und in der Praxis erlebbar ist.** Denn die großen Probleme unserer Zeit sind nun einmal mit der Eigentumsfrage verbunden – wenn die einen bis zur Erschöpfung schuften und die anderen daran verdienen, wenn die Gesundheit der Menschen der Rendite wegen verzockt wird oder die Umwelt plattgemacht wird, weil dadurch die Aktienkurse in die Decke schießen.

Warum ich für den Landesvorstand kandidiere? **Mich bewegt, wie wir ein relevanter politischer Faktor in Niedersachsen werden können.** Mich ärgert, dass wir zu oft um uns selbst kreisen und nach außen als zerstrittener Haufen wahrgenommen werden. Und mich treibt an, dass eine starke LINKE in Niedersachsen dringend gebraucht wird. Die GroKo in Hannover hat unseren Druck von links mehr als verdient.

Die nächsten beiden Jahre werden für unsere Landespartei entscheidend sein. Werden wir die richtigen Schlussfolgerungen aus dem verpassten Einzug in den Landtag 2017 ziehen? Schaffen wir es, breitere Bevölkerungsschichten anzusprechen? Können wir mehr als bisher zur Ansprechpartnerin für jene werden, die die Leidtragenden der verfehlten Politik der letzten Jahre sind, deren Alltag immer beschwerlicher wird?

Ich will mich im Landesvorstand dafür einsetzen, dass wir unsere Kampagnenfähigkeit verbessern, unser **landespolitisches Profil schärfen, eine schlagkräftige Öffentlichkeitsarbeit entwickeln und unsere Kräfte für die vor uns liegenden Herausforderungen bündeln**. Denn innerparteilicher Meinungsstreit kann produktiv sein, solange er nicht zum Selbstzweck wird und wir unser gemeinsames Ziel nicht aus den Augen verlieren. Und ich bin davon überzeugt - wir müssen und wir können als Landespartei gemeinsam stärker werden.

Bewerbung für die Landesschiedskommission

Ich bewerbe mich erneut um einen Sitz in der Landesschiedskommission Niedersachsen, der ich bisher angehöre.

Ich bin 66 Jahre alt und seit einem Jahr Rentner.

Ich bin in die WASG eingetreten und habe in der LINKEn verschiedene Ämter wahrgenommen.

Mehrere Jahre war ich Betriebsratsvorsitzender an meiner Schule.

Meine Schwerpunkte sind Gewerkschaftsarbeit, der Kampf gegen Rassismus/Faschismus, Kultur und die Schnittstelle von Religion und Politik, hier insbesondere der wachsende Anti-Islamismus.

Außerdem trete ich für ein Verbot der AfD ein.

Derk-Olaf Steggewentz